



MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE

elan

6 Frankfurt/Main 1

Dezember 12/67

1,— DM

D 2835 E

Exklusiv

elan sprach
mit
**Melina
Mercouri**

Exklusiv

**Interview
mit Kosmonaut
Nikolajew**



Das neue Notstands-ABC
elan nimmt die neuen NS-Pläne der
Regierung aufs Korn

HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski,
Pastor Horst Stuckmann,
Werner Weismantel,
Pfarrer W. Heintzeler.

VERLEGER
Karl Heinz Schröder
Werner Weismantel

GESCHÄFTSFÜHRENDER
REDAKTEUR
Karl Hubert Reichel

VERANTWORTL. REDAKTEUR
H. J. Hennecke, Dortmund

LAYOUT
Dmitrij Werschbizkij

REDAKTION
46 Dortmund, Kuckelke 20
Tel. 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags-G. m. b. H.,
Jugenheim a. d. B.,
Alsbacher Straße 65

FRANKFURTER BÜRO
6 Frankfurt/M.,
Robert-Mayer-Straße 50
Tel. 77 38 03

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,—
Jahresabonnement DM 10,—
zuzügl. Zustellgebühr

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc. /
CSSR 2 Kr. / DÄNEMARK 2 dkr. /
GRIECHENLAND 12 Drachmen / GROSS-
BRITANNIEN 2/6 sh. / IRLAND 2/10 sh. /
FINNLAND 1,20 fmk. / FRANKREICH
1,50 frs. / ITALIEN 200 Lire / LUXEM-
BURG 15 Lfrs. / NORWEGEN 2,75 nkr. /
NIEDERLANDE 1,10 hfl. / ÖSTERREICH
7 Schilling / POLEN 1 Zloty / SCHWE-
DEN 1,75 skr. / SCHWEIZ 1,20 sfrs. /
UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a. 40 ct.

DRUCK: HOSCH GmbH., Frankfurt

BEILAGENHINWEIS

Einem Teil unserer Auflage liegt ein
Prospekt des Stimme-Verlages sowie
das Manifest der Schüler gegen die
Notstandsgesetze bei. Wir bitten um
freundliche Beachtung.
Redaktion elan



Lieber Leser,

wenn ich an Weihnachten denke, dann denke ich an die von amerikanischen Kugelbomben zerfetzten Kinder von Hanoi, von denen mir Perry Friedman nach seiner Rückkehr aus Vietnam erzählte. Dann wenn für meine Kinder die Stunde der Bescherung gekommen sein wird, dann werden auf die Kinder von Hanoi Bomben fallen.

Und dann wird Mikis Theodorakis — und mit ihm viele griechische Demokraten — hinter den Zuchthausmauern der faschistischen Diktatoren sitzen. Und wie es dort aussieht, davon haben mir die Berichte von Augenzeugen, mit denen ich sprach, ein schreckliches Bild enthüllt.

Solidarität ist keine Frage des Datums. Unsere Hilfe für die Opfer amerikanischer Aggression und faschistischer Diktatur wird sich nicht auf die Vorweihnachtszeit beschränken. Sie wird im nächsten Jahr eines der wichtigsten Anliegen der Jugend in aller Welt sein, die auf die Vorbereitung des 9. Festivals der Jugend und Studenten für Solidarität, Frieden und Freundschaft in Sofia rüstet.

Es ist sehr erfreulich, daß in der Bundesrepublik die Bereitschaft zur Teilnahme an dieser größten und universellsten Jugendbegegnung unserer Tage erheblich zugenommen hat. Es ist gut, daß gerade aus dieser Bundesrepublik — die mit der Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs, mit Grenzforderungen und Notstandsgesetzen Entspannungstendenzen blockiert — Impulse und Vorschläge für das Festivalprogramm kommen, in denen sich der Drang nach Frieden und Solidarität widerspiegelt.

Aber es gibt auch unsaubere Töne. Was soll man davon halten, wenn in einer offiziellen Stellungnahme des Bundesjugendringes von „kommunistischen Weltjugendfestspielen“ die Rede ist? Wenn die größten Studentenverbände der BRD und Persönlichkeiten, die zu Zeiten des kalten Krieges für die Verständigung der Jugend gewirkt haben, als „obskure Einzelreisende“ und zwielichtig etc. diffamiert und abgesaut werden?

Und schließlich: Es ist ein seltsam Ding, zum Festival in Sofia fahren zu wollen, ohne mit einem Wort zu den Zielen dieser weltoffenen, repräsentativen Begegnung von jungen Menschen verschiedener Kontinente, Konfessionen und politischen Richtungen Stellung zu beziehen! Die Bereitschaft, eine Fahrkarte nach Sofia lösen zu wollen, besagt noch nichts. Wer nicht offen und ehrlich Ja sagt zur Solidarität mit dem kämpfenden und leidenden Vietnam, wer den konstruktiven Vorschlägen des Aufrufs zum Festival seine Zustimmung verweigert, der stellt seine ehrliche Haltung selbst in Frage.

Ich bin sicher, daß die Jugend der Bundesrepublik in Sofia repräsentativ vertreten sein wird. Und ich bin ebenso sicher, daß sie durch aktive Solidarität mit den Kindern von Hanoi und mit Mikis Theodorakis ihre völlige Übereinstimmung mit den Zielen des Festivals unter Beweis stellen wird.

Herzlichst Ihr

Karl Hubert Reichel

Andrijan Nikolajew

elan ist die erste Zeitschrift der Bundesrepublik, die mit einem sowjetischen Kosmonauten sprach. Der Fliegerkosmonaut Andrijan Grigorjewitsch Nikolajew gewährte uns anlässlich der weichen Landung der „Venus 4“ und des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution dieses Interview.

Dies ist eine echte Koproduktion von deutschen und sowjetischen Journalisten. elan stellte Fragen, der Chefkorrespondent der „Komsomolskaja Prawda“, Henryck Gurkow half bei der Verständigung.



Fliegeroberst Nikolajew ist der dritte Kosmonaut der Sowjetunion. Er startete am 11. August 1962 mit der „Wostok III“. Einen Tag später wurde „Wostok IV“ mit Pawel Popowitsch in den Weltraum geschossen. Gemeinsam führten sie den ersten Gruppenflug der Weltraumgeschichte durch. Andrijan Nikolajew war 95 Stunden im Kosmos unterwegs und legte insgesamt über 2.610.000 Weltraum-Kilometer zurück.



elan: Andrijan Nikolajew, wir gratulieren Ihnen zu den jüngsten Weltraumexperimenten der UdSSR. Worin liegt die Bedeutung der weichen Landung von „Venus 4“ und was waren ihre Hauptaufgaben?

Nikolajew: Wir betrachten die weiche Landung der Station „Venus 4“ als einen bedeutenden Schritt bei der Erschließung des Kosmos. Wir sind natürlich sehr stolz

auf diesen Erfolg unserer Gelehrten, Techniker und Arbeiter, die dieses schwierige Unternehmen ermöglicht haben.

Die Hauptaufgabe von „Venus 4“ bestand darin, die Atmosphäre der Venus zu erforschen. Außerdem waren die Beobachtungen während des Fluges vorgesehen, die uns ausführliche und wichtige Informationen über den Weltraum, entlang der gesamten Flugroute zur Venus, vermit-

telten. Die Hauptprobe, die Erhitzung beim Eintritt in die Atmosphäre, hat „Venus 4“ glänzend bestanden. Das gelungene Experiment ist das Ergebnis der erfolgreichen Lösung zweier äußerst komplizierter Aufgaben: Die Schaffung einer zuverlässig funktionierenden Apparatur zur Steuerung einer Station über weite Entfernungen und die Entwicklung von Geräten, die die Parameter der Venus-Atmosphäre unmittelbar mit physikalischen Methoden messen. Zum ersten Male konnten Wissenschaftler exakte Angaben über die Atmosphäre, den Druck und die Temperaturen auf diesem Planeten machen. Das ist eine sehr wichtige Sache, und die weiche Landung ist eine sehr große Leistung unserer Wissenschaft und Technik; sie ist ein großes und schönes Geschenk zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution.

elan: Andrijan, vor fünf Jahren, am 11. August 1962, machten Sie mit Pawel Popowitsch den ersten Gruppenflug der Weltraumgeschichte. Kosmonaut zu sein, ist doch etwas besonderes. Wie wird man, wie wurden Sie Kosmonaut?

Nikolajew: Die Entwicklung der menschlichen Zivilisation hat in allen Zeiten neue, vorher unbekannte Berufe hervorgebracht. Um nicht zu weit zurückzuschauen, könnte ich beispielsweise den Beruf eines Fliegers nennen. Ich bin überzeugt, daß der Beruf eines Kosmonauten mit der Zeit genau so alltäglich sein wird. Ja, alltäglich, aber darum nicht weniger interessant und nicht weniger schwierig. Die künftigen kosmischen Flüge werden noch größere Kenntnisse und größere Meisterschaft in der Leitung des Fluges erfordern als jetzt.

Natürlich sind wir sehr stolz, daß unser Land, die Sowjetunion, zum Pionier der Erschließung des Kosmos geworden ist. Wir, die Kosmonauten der Sowjetunion, versuchen, unsere Arbeit auf die beste Weise zu erfüllen. Dabei betrachten wir uns keinesfalls als irgendwelche Supermenschen. Jeder Bürger unseres Landes hat, wenn er die nötigen Voraussetzungen und Leistungen erbringt, die Möglichkeit, diesen neuen Beruf zu wählen. Wir alle, die Kosmonauten der UdSSR haben in verschiedenen Berufen gearbeitet: Gagarin zum Beispiel als Metallarbeiter, Valentina* arbeitete in der Textilindustrie, und ich war in der Forstwirtschaft.

Uns alle vereint die Liebe zum Himmel, uns lockt das Rätsel des Kosmos. Aber man muß sehr, sehr viel arbeiten, um das Ehrenrecht zu bekommen, in einem kosmischen Schiff über unseren Planeten zu fliegen. Wir haben davon geträumt und unser Staat, der Sozialismus, hat uns die Möglichkeit gegeben, diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen.

* Valentina Tereschkowa ist die erste Kosmonautin der Welt. Im Juni 1963 legte sie in knapp 71 Stunden rund 2 000 000 Weltraum-Kilometer zurück. Sie schloß auch die erste „Weltraum-Ehe“ und heiratete ihren Kollegen Andrijan Nikolajew.

elan: Nicht nur zu Weltraumflügen wollen wir die Meinung eines Kosmonauten hören. Sie wissen, daß immer mehr Jugendliche aus unserem Land die Sowjetunion, Jugendliche aus Ihrem Land die Bundesrepublik besuchen. Wie bewerten Sie den Meinungsaustausch zwischen der Jugend unserer beiden Länder?

Nikolajew: Das ist eine sehr gute Sache, möge sich die Jugend besser kennenlernen! Das wird ihr helfen, den Weg zur gegenseitigen Verständigung und zur Zusammenarbeit zu finden. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Mädchen und Jungen der Bundesrepublik die Sowjetunion, unser Volk, besser kennenlernen, wenn sie in Augenschein nehmen, wie wir leben und woran wir arbeiten, wenn sie unsere Menschen — gutmütige, ehrliche, friedliebende und gastfreundliche Leute — kennen- und verstehenlernen, werden sie — um ein unprotokollarisches Wort zu gebrauchen — viele falsche Vorstellungen auf den Misthaufen werfen; Vorstellungen, die leider noch in der Bundesrepublik verbreitet sind und verbreitet werden. Wahrliches Kennen- und Verstehenlernen wird helfen, den Antikommunismus, mit dem man versucht die Jugend Ihres Landes zu verwirren und irrezuführen, abzubauen. Deshalb sollten die Menschen unserer beiden Länder zusammenkommen.

elan: Bietet sich dazu nicht auf dem Festival der Jugend und Studenten 1968 in Sofia eine ausgezeichnete Möglichkeit?

Nikolajew: Ja. Ich bin davon überzeugt, daß die Vertreter der Jugendorganisationen und die Jugendlichen aus der Bundesrepublik mit den Delegierten aus der Sowjetunion zusammenkommen, über ihre Probleme diskutieren und sich in der Diskussion näherkommen werden. Ich möchte Ihnen in dieser Sache und natürlich dem Festival viel Erfolg wünschen.

elan: Die Bevölkerung Ihres Landes bereitet sich auf die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution vor. Was empfinden Sie als Kosmonaut am Vorabend dieses 50. Jahrestages?

Nikolajew: Genau dasselbe, was alle Sowjetmenschen unabhängig von ihrem Alter und Beruf empfinden: Ich bin glücklich, daß ich in einem Land geboren bin, das im Oktober 1917 der Menschheit den Weg in die Zukunft eröffnet hat. Ich bin glücklich, daß unser Land und die Freunde unseres Landes — zu denen wir mit großer Freude die Deutsche Demokratische Republik zählen — Erfolg an Erfolge reihen, um auf unserem Planeten den Gesetzen der Vernunft, der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit, der Brüderlichkeit und des Friedens zum Sieg zu verhelfen.

elan: Andrijan Nikolajew, wir bedanken uns im Namen unserer Leser recht herzlich für dieses Interview. Grüßen Sie bitte Ihre Kosmonautenfamilie und Ihre Kosmonautenkollegen. Wir wünschen viel Erfolg bei den folgenden Starts in den Weltraum.

Lieder der Sowjetunion



Der Chor der Sowjetischen Armee in Paris

Leitung: Boris Alexandrow

Vol. 1: Partisanen von Amur, Entlang der Peterskaja, u. a. m. LDX-S 4260, 30 cm, DM 18,00

Vol. 2: Kalinka, Souliko, Moskauer Abend u. a. m. LDX-S 4274, 30 cm, DM 18,00

Vol. 3: Marseillaise, Sowjetische Nationalhymne, Meinst du, die Russen wollen Krieg?, Stenka Rasin, Bandura u. a. m. LDX 4290, 30 cm, DM 18,00

Chöre der sowjetischen Flotte

Leitung: Bogolepow
Matrosen von Kronstadt, Kalinka u. a. m. LDX-S 4 321, 30 cm, DM 18,00

Potemkin, Matrosen von Sebastopol u. a. m. EP-45, 3 055, DM 8,—

Lieder der russischen Revolution (1905)
LDY 4 097, 17 cm, DM 8,00

Lieder der russischen Revolution (1917)
LDY 4 098, 17 cm, DM 8,00

Patriotische Lieder der Sowjetunion (1941—45)
LDY 4 099, 17 cm, DM 8,00

Kinderlieder aus der Sowjetunion
LDY 4 100, 17 cm, DM 8,00

Chöre der Wolga
Leitung: Miloslawow
LD-S 4 164, 25 cm, DM 15,00

Lieder und Tänze aus Armenien
LD-S 4 195, 25 cm, DM 15,00

Lieder aus dem sowjetischen Orient
LD-S 4 224, 25 cm, DM 15,00

Lieder und Tänze der Ukraine
LD-S 4 225, 25 cm, DM 15,00

Bestellungen: Weltkreisverlags-GmbH.
Abt. Schallplattenvertrieb

6000 Frankfurt/Main
Robert-Meyer-Straße 50

Nikolajew grüßt elan-Leser

Читателям „Элан“, всей прогрессивной и миролюбивой молодежи ФРГ — самые добрые пожелания успехов в работе, в борьбе за мир, демократию и взаимопонимание между народами.

Лейчик — космонавт СССР

20.10.67. *Andrijan Nikolajew*

Den Lesern von „elan“, der gesamten progressiven und friedliebenden Jugend der Bundesrepublik die besten Wünsche und Erfolge in der Arbeit, im Kampf für den Frieden, Demokratie und Völkerverständigung.

Flieger-Kosmonaut der UdSSR

20. 10. 67

Nikolajew

..wissen
Sie
was
scharf
ist
?



Fotos, die Sie mit einer PENTACON-Kamera aufnehmen

Was wir damit meinen? — Natürlich die Bildschärfe, die Sie mit den neuen Spiegelreflex-Kameramodellen von PENTACON erreichen können. Wir sind der Meinung, daß Sie bei der Beurteilung Ihrer Aufnahmen die Schärfe des Bildes als ausschlaggebend ansehen. Deshalb sollten Sie gleich anspruchsvoll in der Wahl Ihrer Kamera sein. Eine Spiegelreflexkamera von PENTACON bietet die Möglichkeit des Ausbaus zum System, sie vereint Präzision mit einem Höchstmaß an technischer Perfektion. Darum, wegen der Bildschärfe, ein PENTACON-Modell.

PRAKTICA nova: Fresnellinse mit Mikroprismenraster und Mätschelbenringfeld · Schlitzverschluss 1/2 s bis 1/500 s

Modell PRAKTICA nova B mit eingebautem fotoelektrischem Belichtungsmesser

PRAKTICA mat: PENTACON-Innenmessung durch Strahlenteiler und Großflächenfotowiderstand · Fresnellinse mit Medupe im Flasterringfeld · Schlitzverschluss 1 s bis 1/1000 s



VEB PENTACON DRESDEN

Echte einäugige Spiegelreflexkameras 24 x 36 · Wechselobjektive 20 mm bis 1000 mm Brennweite aus Jena und Görlitz (bis 300 mm mit Blendenvollautomatik) · Prismensucher · Rückspiegel · Universelles Zubehör

Hosch

druckt von
DIN A 6 bis
DIN A 2:

Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Briefbogen,
Kataloge,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt am Main W 13
Kurfürstenplatz 42
Tel. 77 82 73

Briefe

Kommunisten gefragt

ELAN 11/67 — „Wir wollen Kommunisten werden“: elan-Leser stellen Forderungen und Fragen an die Befürworter des KPD-Verbotes und an die Kommunisten selbst.

Die Bilanz der ersten 350 Tage Kiesinger / Strauß - Regierung: Neue Steuerbelastungen und sozialer Abbau. Brutales Vorgehen der Monopolherren in den Betrieben und größere Eile bei der Verabschiedung der Notstandsverfassung. All dies fordert immer dringlicher eine grundlegende Veränderung der Politik. Gerade aus diesem Grunde brauchen wir heute eine legale KPD, die mit ihren konstruktiven Vorstellungen demokratische Rechte und Freiheiten im Innern sichern könnte und wahrhaft friedliche Beziehungen nach außen sichern könnte.

Ist das Verbot nicht ein Zeichen der Politik der Stärke? Und zeigt es nicht die wahren Absichten der Bonner Politik? Aber auch an die Kommunisten habe ich Fragen: Wie stellen sie sich die Entwicklung in Deutschland vor? Freiheit ist das wichtigste. Können Kommunisten überhaupt Freiheit garantieren? Soviel Freiheit wie ich besitzen will?

GERD BAUER, Ludwigshafen

Ich bin selber Kommunist und meine, die Bundesrepublik braucht eine KPD, die legal ist, da das Verbot zu Unrecht besteht und eines demokratischen Staates unwürdig ist. Darum sollte das Verbot unverzüglich aufgehoben werden.

MICHAEL DEGE, Hannover

Das Fehlen der KPD fördert das Anwachsen von rechtsgerichteten, neonazistischen Kräften in der NPD und in der CDU. Das die SPD durch Bildung der Großen Koalition die aggressive Politik der BRD nach innen und außen unterstützt, ist ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit, das KPD-Verbot im Interesse aller Werktätigen aufzuheben.

MANFRED WOLFF, Mechelfeld

Die Regierung Kiesinger gebraucht sehr oft und laut das Wort von der „neuen Ostpolitik“. Es soll im Zuge dieser Politik „entspannt und entkrampft“ werden. Wie kann die Regierung Kiesinger aber diese Dinge realisieren, solange sie im eigenen Lande das KPD-Verbot nicht aufhebt?

KURT WEBER, Dinslaken

Die BRD kann ganz gut ohne KP auskommen. Trotzdem plädiere ich im Interesse der DFU für eine

Wiederzulassung. Warum? Weil dann ein großer Teil der Kommunisten, die heute in der DFU sitzen, in die KPD überwechselten und so die DFU zu einer Partei würde, die man ruhigen Gewissens weiterempfehlen kann. Viel mehr als den Wunsch zu äußern, daß die KPD wieder zugelassen wird, können wir nicht tun, solange die Kommunisten nicht ihr Programm ändern, d. h. versuchen, sich an demokratische Verhaltensweisen zu gewöhnen.

HANS-WERNER SCHREINER, Neustadt

Ist die Bundesrepublik demokratisch, wenn die einzige Partei, die es in allen Staaten der Erde gibt, verboten ist? Da ich die Frage mit Nein beantworte, bleibt nur eine Forderung: Die KPD muß wieder zugelassen werden, da die Befürworter des KPD-Verbotes durch dieses den Beweis erbracht haben, daß es mit der Demokratie in der BRD nicht so richtig hinhaut.

An die Kommunisten selbst habe ich nur die Forderung, daß sie ihre Arbeit weiterhin — mit und ohne Verbot — zur Zufriedenheit Aller erledigen.

HORST-EUGEN JUNGE, Berlin

Ich meine, die SPD-Minister in der Bundesregierung haben Angst, daß (bei Aufhebung des KPD-Verbotes) viele Mitglieder der SPD zur KPD übertreten würden.

Warum kämpft die KPD so wenig um die Wiederzulassung, und was gedenkt sie noch mehr dafür zu tun?

HELMUT RÖSER, Bergneustadt

In einer „demokratischen“ Bundesrepublik sollten alle Parteien legal sein. Das KPD-Verbot sollte aufgehoben werden. Die Forderungen der Wiederzulassung der KPD sollten an die Bundesregierung selbst gerichtet werden, da diese sie ja auch verboten hat.

JUTTA THIEL, Lauenburg

Eine legale kommunistische Partei würde die Nichtkommunisten zum Nachdenken zwingen über viele Fragen, die heute noch tabuisiert sind. Es ist nicht demokratisch, wenn im Parlament ausschließlich bürgerliche Parteien vertreten sind.

Es ist gefährlich, wenn immer stärker werdenden nationalistischen und neonazistischen Kräften kein Gegengewicht entsteht. Kein tatsächlich demokratischer Staat kennt ein KP-Verbot, keiner derart umfangreiche Verfolgungsmaßnahmen einer politischen Strafjustiz, die einäugig handelt

und eindeutig an den Vorstellungen des Kalten Krieges orientiert ist.

Das KPD-Verbot ist eine Verstärkung jener von Ost und West gemeinsam errichteten Mauer zwischen beiden deutschen Teilstaaten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, zunächst eine politische Amnestie zu erlassen, dann den Kommunisten das Recht freier Meinungsäußerung und passiver Wahlstätigkeit zu gewähren und schließlich die KPD durch Aufhebung des Verbotes zu relegalisieren.

Wir jungen Linksliberalen und Radikaldemokraten würden es begrüßen, wenn eine westdeutsche KPD sich ideologisch nicht als Anhänger der SED präsentieren, wenn sie sich vielmehr als eigenständige sozialistische Partei reorganisieren würde, eine Partei, die pluralistisch und offen ist, die nicht selbst das „Scheuklappendenken“ des Kalten Krieges kultiviert und die sich lebendiger ideologischer Diskussion nicht entzieht.

Eine in diesem erneuerte und verjüngte KPD könnte die Chance haben, manchen von uns, der weder bei SPD und FDP, noch bei der DFU seine politische „Heimat“ hat finden können, zu gewinnen. Und das wäre im Hinblick auf die nächsten Jahre wahrscheinlich eine der wichtigsten Aufgaben überhaupt.

WOLFGANG O. METZGER, Deutsche Jungdemokraten Bezirksverband Nordwürttemberg, Stellv. Vorsitzender

Ich betrachte jede Diskussion mit dem gegenwärtigen Herrschaftssystem in Bonn als sinnlos.

Wie stellen sich die Kommunisten die Zusammenarbeit mit der übrigen Linken vor? Wollen sie nur in das Bundeshaus einziehen, oder die Veränderung der Gesellschaft? Wie soll diese Gesellschaft aussehen? Die westdeutschen Kommunisten sollten ihr Konzept zurückstellen und dafür die Zusammenarbeit mit der übrigen Linken suchen.

WOLFGANG STEIN, Bochum

Für Leute, die es mit der Demokratie ernst meinen, ist die Wiederzulassung der KPD meines Erachtens nach überhaupt keine Frage. Daß die Partei bis heute nicht wieder zugelassen ist, zeigt also nur, daß es bestimmten Leuten mit der Demokratie eben nicht ernst ist, ja, daß die Demokratie für sie nur ein Lippenbekenntnis ist.

PETER GROHMANN, Fellbach

Redaktion elan,
46 Dortmund,
Kuckelke 20,
Tel. 57 20 10

Eine demokratische Bundesrepublik braucht auf jeden Fall eine legale KPD. Das Verbot muß aufgehoben werden.

Ein Wort an die Befürworter des KPD-Verbots: Wenn ihr für die Beibehaltung des Verbots seid, nur weil die KPD angeblich nicht demokratisch ist, müßt ihr auch für ein Verbot der NPD sein, denn diese Partei ist weiß Gott nicht demokratisch.

KLAUS-DIETER FRANK, Duisburg-Meiderich

Eine legale KPD ist die Voraussetzung einer realistischen Deutschland-Politik. Das Verbot sollte unbedingt aufgehoben werden, um eine Verständigungspolitik mit der DDR herbeizuführen.

ELVIRA NEUMEYER, Rheinfelden

Für elan gedichtet

ALS ANERKENNUNG für die „Volltreffer“ in elan 9 und 10/67 dichtete Leserin Renate Lechtenböhrer „schnell ein paar Zeilen“:

Ihr jungen Leute, hört einmal zu!
Ihr Jugend von heute, du und du,
nur wer es weiß, der ist gut dran,
denn er ist über alles informiert,
nur wer es weiß, es gibt „elan“/
die Zeitung, die nicht hingschmiert.
Mode, Platten, Songs und Politik,
alles was uns heute beliebt/
jedem sein Plaisier, jedem seinen Tick,
alles was es heute gibt.
Hab ich recht, dann stimmt mir zu!
Ihr jungen Leute, du und du,
gibt es etwas, was sie nicht bringt?
Keiner kann sich hier beklagen,
es gibt nichts, wovon sie nicht ein Liedchen singt,
alles kann und mag sie sagen!
RENATE LECHTENBÖHRER, Münster

Griechenland — Probe des Faschismus

ELAN 10/67 — „Rettet Mikis Theodorakis“: Nach bestehenden Notstandsplänen ergriffen Obristen in Griechenland die Macht.

Übrigens erinnern heute die Geschehnisse in Europa an die Zeit von 1933 bis 1938. Der faschistische Putsch in Griechenland darf nicht losgelöst von der allgemeinen Entwicklung in Europa und in der Welt betrachtet werden. Meines Erachtens ist der Fall Griechenland nur die „Probe“, ob die Völker Europas heute wieder den Faschismus in seinen verschiedenen Formen zulassen oder nicht! Was gestern in Griechenland geschah, das kann übermorgen schon in anderen europäischen Ländern geschehen. Darum ist der internationale Kampf für die Freiheit aller demokratischen Griechen notwendig, um eine antidemokratische und anti-

soziale Entwicklung in Europa zu verhindern. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze sollte verbunden werden mit dem Kampf gegen den Faschismus in Griechenland.

RAINER HIRSCH, Hamburg

Solidarität für politische Häftlinge

ZUR SOLIDARITÄT mit politischen Gefangenen ruft elan-Leserin Melitta SIELAFF auf. (Siehe auch elan 12/67, Seite 3).

Durch die Veröffentlichung des Bildes von Kurt Baumgarte im „Frankfurter Bote“, der seit dem 4. 1. 67 in Niedersachsen inhaftiert war, hatte ich eine Spendensammlung bei Freunden in Offenbach Main durchgeführt, wobei ein Betrag von 140 Mark zusammen kam.

Diesen Betrag hatte ich an Frau Emmi Baumgarte überwiesen. Alle Freunde haben sich mit Familie Baumgarte solidarisch erklärt.

Leider sind aber noch viele Freunde widerrechtlich inhaftiert. Deshalb habe ich ein Spendenkonto für politisch Verfolgte (Postscheckamt Ffm., Nr. 59317) eingerichtet. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie dies in Ihrer nächsten Ausgabe veröffentlichen würden.

MELITTA SIELAFF, Offenbach

Sittlichkeitsverbrechen

SITTLICKEITSVERBRECHEN und Morde an Kindern waren Gegenstand einer Diskussion, die in einer Klasse einer Berufsschule in Bingen stattfand.

Ein Sittlichkeitsverbrecher wird meist dann zum Mörder, wenn er eine Entdeckung oder Bedrohung fürchtet. Durch Gefängnisauferhalte oder Heilbehandlung kann die sexuelle Fehlveranlagung eines Menschen nicht geändert werden. Im Gegenteil! Ein diesbezüglich exponierter Mensch wird, von der Gesellschaft gemieden, sexuellen Notstand empfinden und sich auf dem Weg des geringsten Widerstandes wiederum dem Kinde zuwenden, wobei er hier körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Leben seines Opfers mißachtet. Dem Verbrecher hingegen werden diese Rechte nach Artikel 2 Absatz 2 GG vom Staat zugestanden.

Wir erheben die Frage, inwieweit das Gewissen des Gesetzgebers durch die weiteren Verbrechen eines Sittlichkeitsverbrechers und evtl. sogar Kindesmörders selbst belastet wird, wenn er sich einem operativen Eingriff an dem Verbrecher widersetzt. Kommt doch eine Schutzmaßnahme in Form eines operativen Eingriffs einer Notwehr gleich, da durch ihn einem größeren Übel vorgebeugt wird.

WALTER SPECHT, Bingen, Klassensprecher

elan- Probe

Dr. Konrad Friesicke, Referent der Jugendpublizistik im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, „charakterisierte“ im „Handbuch der Jugendarbeit und Jugendpresse“ auch elan:

Im Handbuch „Jugendarbeit und Jugendpresse“ (Juventa-Verlag) steht

elan:

„Politisch-tendenziöse Zeitschrift. Propagierung offizieller Kontakte zur FDJ. Einsatz für Aufhebung des Verbots der KPD. Polemik gegen die Bündnispolitik der Bundesregierung.“

Sie müssen ja furchtbar sein! Zersetzend und so. Ich möchte — zunächst zur Probe, ob dieses bei Lehrlingen ankommt — elan abonnieren.

ULRICH BATHKE, Kiel

Folkclubs

ADRESSEN von Folkclubs sucht eine Leserin und teilt gleichzeitig ähnlich Interessierten Anschriften von derartigen Clubs mit.

Sie brachten im Heft 5/67 im „song-magazin“ zwei Adressen von Folkclubs. Da mich Folksongs und -Clubs sehr interessieren, habe ich mich um weitere Adressen solcher Clubs bemüht. Hier sind: „Danny's Pan“, 2 Hamburg, Am Berliner Tor 2; „Voltaire-Club“, 6 Frankfurt/M., Kleine Hochstr. 5; „City-Club“, 43 Essen; „Folk-Club“, 2 Hamburg-Wandsbek, Bachstraße; „Folklore-Club im Haus „La Bohème“, 3 Hannover, Mehlstraße.

Ich bitte Sie darum, mir noch weitere Adressen zu schicken, falls Ihnen noch andere bekannt sind.

MECHTHILD SCHULTE, Meschede

Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt für Schreibmaschinen aus Vorführung und Retouren, trotzdem Garantie u. Umtauschrecht. Kleinste Raten. Fordern Sie Gratiskatalog H 286

NÖTHEL

A. G. - M. Z. H.

34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Deutschlands großes Büromaschinenhaus



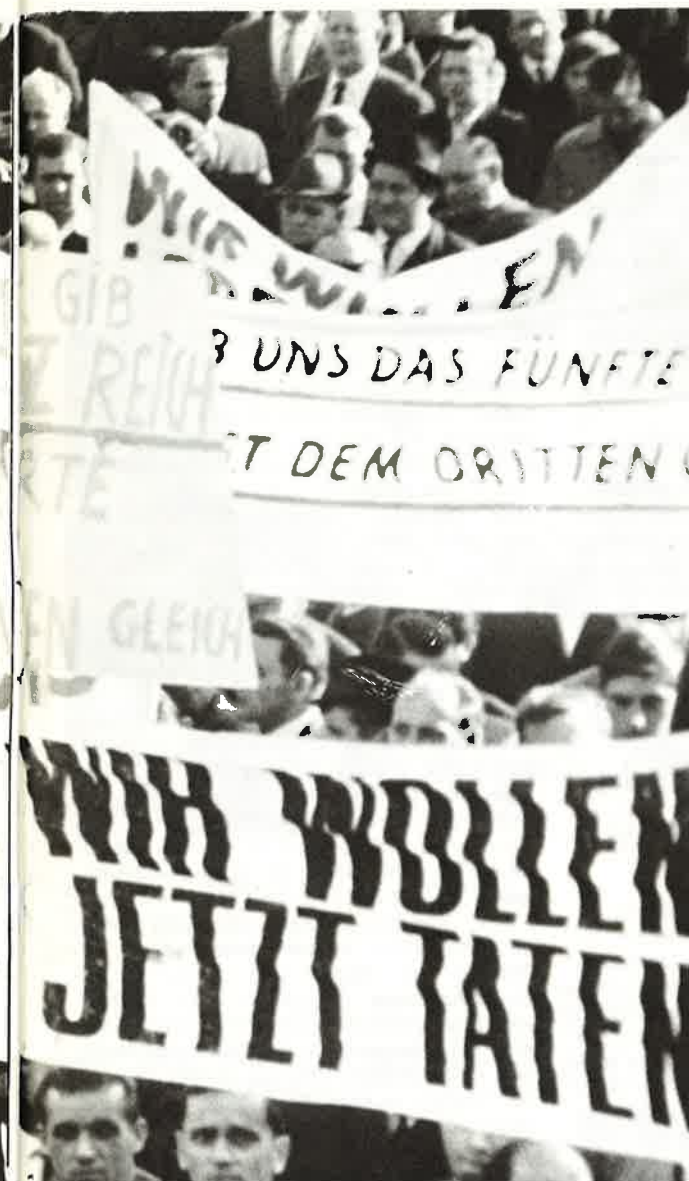
Kämpfen, weil sie leben wollen:
demonstrierende Kumpel der
Zeche „Hansa“



Junge Arbeiter:
dies ist nicht
unsere Gesellschaftsordnung



Hannoversche Chemiewerker:
Unsere Geduld
ist zu Ende



Von
Hans-Jörg Hennecke



Kampfentschlossenheit bei
Mannheimer Metallern: 93 %
stimmten für Streik

Nach einem Jahr Großer Koalition:

Der Kumpel soll die Zeche zahlen

Mannheim, 19. Oktober, 15.30 Uhr. Wie an jedem Tag strömen tausende von Arbeitern aus den Werkstoren der Daimler-Benz AG an der Unteren Riedstraße. Um zumindest noch einen Stehplatz im überfüllten Bus der Linie 69 einzunehmen. Ob im Bus, am Parkplatz oder an den Werkstoren: für die Daimler-Werker gibt es an diesem 19. nur ein Thema. Die IG-Metall hat sie zur Urabstimmung aufgefordert. Die Entscheidung über einen Arbeitskampf liegt in der Hand der Arbeiter.

„Die Unternehmer wollen uns den Kampf aufzwingen, sie sollen ihn haben. Wir wollen nichts weiter, als daß

sie die Finger von unserem Lohn lassen. Wir kämpfen gegen den Abbau sozialer Leistungen", erklärt mir Betriebsrat Werner Schweiker, einer meiner zahlreichen Gesprächspartner in Mannheim. Inzwischen habe ich mein Tonbandgerät starkklar gemacht und melde mich bei Pfortner 7. Greifbar nahe, 10 Schritte von mir entfernt, steht ein fabrikneuer Autobus aus der Mercedes-Produktion. Diese Busse stehen an allen Werkstücken. In ihnen werden die weinroten Stimmentzettel ausgegeben: „Bist Du bereit, zur Durchsetzung unserer Forderung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln, einschließlich der Arbeitsniederlegung einzutreten?“

„Flick war Kriegsverbrecher...“

Die IG Metall fordert keine Lohnerhöhung. Es geht nur um die Absicherung dessen, was heute verdient wird. Hier bei Daimler wird fast nur das JA angekreuzt. Ich möchte in den Bus hinein, dort mit den Metallern sprechen. Doch nach etlichen Rückfragen des Pfortners habe ich ein klares NEIN der Betriebsleitung in der Tasche. IGM-Funktionäre, die im Bus als Wahlhelfer eingesetzt sind, haben mich entdeckt. „Wenn die Sie nicht reinlassen wollen, machen wir das eben andersrum“, ruft mir einer im blauen Anorak zu. „Bleiben Sie am Tor, wir geben den Kollegen 'nen Tip.“

Es dauert kaum eine Minute und ich bin umringt von Urabstimmern. Einer stellt, die Aktentasche aufs Pflaster: „Schreiben Sie ruhig, was wir von Schleyer und Konsorten halten. Zwanzig Jahre waren wir für jeden Dreck gut genug. Da haben wir für'n Butterbrot den Betrieb aufgebaut. Was die jetzt besitzen, kann man schon von hier sehen. Schauen Sie sich das Werk an.“ Sein Kollege unterbricht ihn.

„...als ich hier Trümmer räumte...“

„Mach doch keinen Eiertanz. Die Betriebe müssen sozialisiert werden. Wir haben immer nur geschuftet für die Brieftasche von Flick und Schleyer. Als ich hier Trümmer geräumt habe, war Flick noch als Kriegsverbrecher in Nürnberg. Jetzt gehört ihm der ganze Laden.“ Immer wieder fällt der Name Schleyer. Heute ist er Personaldirektor bei Daimler und Chef der Metallindustriellen in Baden-Württemberg. Als IGM-Bezirksleiter Willi Bleicher im KZ Buchenwald einsaß, diente er seinem Führer als SS-Mann in der besetzten Tschechoslowakei. Schleyer heute: „Lange genug habt ihr am längeren Hebel gesessen. Jetzt sind wir am längeren Hebel.“ Er meinte die Gewerkschafter. Was Schleyer aussprach, ist heute Rezept zum Handeln für die Unternehmer zwischen Rhein und Elbe, zwischen Nordsee und Bodensee. Sie sind angetreten, die während der Hochkonjunktur von den Gewerkschaften hart erkämpften Zugeständnisse rückgängig

zu machen. Der Präsident der Arbeitgeberverbände, Balke (CDU), drückt das so aus: „Einige harte Schläge genügen, um den Arbeitnehmern klarzumachen, was die Glocke geschlagen hat.“

Mannheims Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern. 20 000 demonstrierten unter roten Fahnen auf dem „Alten Meßplatz“ als ihr 1. Bevollmächtigter Walter Spagerer erklärte: „Die Unternehmer werden sich täuschen wenn sie meinen, die Arbeiter würden aus Angst um ihren Arbeitsplatz, aus Sorge um ihren Lohn den Kampf nicht führen.“ Eindrucksvoll wurden diese Worte in den Betrieben unterstrichen: 93% stimmten für Kampfmaßnahmen.

Der starke Druck der Arbeiterschaft hat den Unternehmern auch in der schwierigen Situation der wirtschaftlichen Flaute inzwischen Zugeständnisse abgerungen. Und die Erfahrung der letzten Monate zeigt: Überall dort, wo die Arbeiterschaft zum Kampf entschlossen war, wurde die Anmaßung der Unternehmer zurückgeschlagen. Wie in Mülheim! e l a n berichtete darüber in der letzten Ausgabe.

Ehe der Kumpel verreckt, muß die Regierung weg

Während die Metallarbeiter des Südens an der Wahlurne standen, demonstrierten im 380 Eisenbahnkilometer entfernten Dortmund 20 000 Bergarbeiter durch den Stadtteil Huckarde. Mit dem Aufruf: „Die große Koalition entpuppt sich als Totengräber. Weg mit den unfähigen Bonner Politikern!“ forderte ihre Gewerkschaft, Ortsgruppe Huckarde, zum Kampf gegen die Schließung der Zechen „Hansa“ und „Pluto“. Wie in Baden-Württemberg, so erinnerten sich auch hier junge Kumpel an die Traditionen der Arbeiterklasse. Überall rote Fahnen. Und selbstverständlich, daß man die „Internationale“ sang. Immer wieder Sprechchöre: „Kühn und Schiller — Zechenkiller“.

„Ehe der Kumpel verreckt, muß die Regierung weg.“

„Wehner, deine Sprüche kennen wir, wo bleiben deine Taten?“

„Für Willi Brandt, ist der Kumpel nur vor der Wahl interessant.“

„Wer sich läßt von Schiller locken, wird bald auf der Straße hocken.“

NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) wurde durch den machtvollen Druck der Kumpel zur Flucht nach vorn gezwungen. Er gab zu: „Es ist etwas faul in diesem Staat, wenn die Bergarbeiter ihre Arbeitsplätze verlieren, während gleichzeitig die Aktienkurse steigen.“ Flüchteten sich die Redner in allgemeines Geschwafel, sangen die 20 000: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde.“ Freimütig rief einer zum Rednerpodium: „Ihr habt doch nur 'ne große Fresse, weil die KPD verboten ist.“ Das war kein Einzelgänger. Quer über die Straßen in Huckarde malten Kumpels die Buchstaben KPD. Ein Betriebsrat von „Hansa“ kommentierte: „Wenn sich hier im Bergbau nichts ändert und die KPD bis zur nächsten Wahl wieder zugelassen ist, wird KPD gewählt, klarer Fall!“

Später saß ich auf Zeche „Hansa“ in Huckarde am Konferenztisch des Betriebsrates. Betriebsratsvorsitzender Heinz Krüger und sein Stellvertreter Arno Kaufmann debattierten gerade mit den übrigen 14 Betriebsräten die Marschroute für die nächsten Tage.

„Hansa“ stirbt für Unternehmerprofite

Heinz Krüger: „Morgen fahren wir nach Bonn. Im Bundestag werden wir genau beobachten, wie sich unsere Abgeordneten verhalten. Wenn die nicht unsere Interessen vertreten, können sie was erleben. Dann sollen sie hier auf der Belegschaftsversammlung Farbe bekennen.“

„Hansa“ ist eine der modernsten Zechen des deutschen Steinkohlebergbaus. Mit einem gelben Schutzhelm auf dem Kopf durfte ich in den Übertagebetrieb. Riesige Kohlewaschanlagen, Fördervorrichtungen. In den Hallen ein, zwei Arbeiter, die am Bildschirm den vollmechanisierten Bereich überwachen. In den letzten beiden Jahren wurden hier Millionen DM investiert. Jetzt soll nach dem Willen der Zechenbarone der Pütt absaufen. Betriebsrat Raimund Hesse gerät in Zorn, wenn er an die geplante Stilllegung dieses technischen Musterbetriebs denkt.

„Wir haben im Gegensatz zu anderen Zechen im letzten Jahr 3 Millionen Mark Gewinn abgeworfen. Bei uns liegt kein Pfund Kohle auf Halde. Alles wird verkauft. Trotzdem wollen die Unternehmer „Hansa“ sterben lassen. Besitzer von „Hansa“ und „Pluto“ ist die Gelsenkirchener Bergwerks AG (GBAG). Allein für „Hansa“ würden die Unternehmer eine Stilllegungsprämie in Höhe von 37 Millionen DM erhalten. „Hansa stirbt“, wie die IG Bergbau in Huckarde feststellte, „für die Profite der Unternehmer.“ Was aus dem Kumpel wird, läßt die Herren des Konzerns kalt.

„Große Fresse, weil die KPD verboten ist!“

Die Jongleure der Bonner großen Koalition bekamen „Muffensausen“ — wie man das im Ruhrpott nennt. Rote Fahnen und der Gesang der „Internationale“, rote Flugblätter mit der Aufschrift: „Auf die Barrikaden!“, das war mehr als eine Demonstration. Hier wurden Klassenpositionen von der Arbeiterschaft bezogen. Offen klafft der Riß quer durch unsere Gesellschaftsordnung. Auf der einen Seite Millionen die arbeiten, auf der anderen eine Handvoll Millionäre, die die Früchte dieser Arbeit pflücken. Hinweggefegt wurde das Märchen aus den Zeiten der Hochkonjunktur, bei uns gebe es keine Klassenunterschiede mehr. Die Forderung lautet: Überführung der Zechen in Gemeineigentum! In Bonn hat man sehr schnell erkannt, daß die Zeichen auf Sturm stehen. Für „Hansa“ und „Pluto“ wurden die Stilllegungsprämien vorerst gestrichen. Entlassene Bergleute sollen 5000 Mark Übergangsbihilfe erhalten. Diese minimalen Zugeständnisse an die Arbeiter zeigen: der

FORTSETZUNG SEITE 42



20 000 Ruhrkumpel brachten Bonn zum zittern



Die Streitbaren von BKS

In der elan-Redaktion klingelt das Telefon. An der Strippe: Dr. Rohwedder, Rechtsanwalt in Düsseldorf.

„Ich vertrete die Interessen der Firma BKS. Wie mir Herr Direktor Essmann mitteilte, haben Sie einen wenig freundlichen Artikel über BKS in Ihrer Nr. 10 67 geschrieben. Ich bin beauftragt zu untersuchen, wie wir dagegen vorgehen können.“

Wie e l a n in Erfahrung bringen konnte, stößt man sich an der Feststellung, daß die Berufsausbildung der kaufmännischen BKS-Lehrlinge „völlig am Boden lag“. Daß in jener Zeit jeder 3. dieser Lehrlingen durch die Prüfung rasselte, spricht wohl für sich selbst. Die BKS-Jugendvertretung legte daher einen eigenen Ausbildungsentwurf vor. Jürgen Köster, BJV-Vorsitzender, sagte uns: „Die Betriebsleitung versprach uns, unseren Ausbildungsentwurf offiziell im Betrieb einzuführen.“ Wir kommentierten: „Doch dann machte man einen Rückzieher.“

Wir stellen zur Klärung fest: Die Betriebsleitung verschleppte in Verhandlungen die Einführung des Planes. Zu guter letzt stoßen sich die BKS-Bosse an unserer Mitteilung, daß ein Lehrling an einem Tage 23 mal Cola holen mußte. Natürlich sind darin verschiedene andere Dienstbotengänge enthalten.

e l a n sieht den weiteren Schritten von BKS mit Interesse entgegen.

INTERVIEW MIT MELINA MERCOURI



e l a n: Sie haben gesagt, daß Sie nicht in das faschistische Griechenland zurückkehren wollen. Können Sie unseren Lesern etwas über die Gründe sagen, die Sie zu diesem Entschluß brachten?

Melina Mercouri: Weil ich beruflich gebunden bin, bin ich verpflichtet in New York zu bleiben. Ich bin traurig, daß ich in diesen Tagen nicht in Europa sein kann, bei unseren Studenten und Arbeitern, in der Nähe unseres Griechenlands.

Da ich aber in Amerika lebe, von dem Griechenland so vieles erwartet, nehme ich die Gelegenheit wahr, durch Auftreten im Fernsehen, im Rundfunk und in der Presse gegen die Militärjunta zu kämpfen. Außerdem arbeite ich mit den antidiktatorischen Komitees in den USA und Kanada zusammen.

Vor kurzem hatte die Gelegenheit, mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammenzukommen, und ich habe versucht, sie zu beeinflussen, wie z. B. die 52 Kongreß-Abgeordneten und Senatoren, die mit einer Resolution das faschistische Regime verurteilen und von der US-Regierung verlangten, jede militärische und wirtschaftliche Hilfe an die griechischen Faschisten zu unterlassen.

Ich bin entschlossen, in Europa meinen Kampf fortzusetzen, und bin bereit, wenn es sein muß, mich für mein Vaterland zu opfern.

e l a n: Die Militärjunta hat Sie ausgebürgert und Ihr Vermögen beschlagnahmt. Was sagen Sie dazu?

Sie haben meine Staatsbürgerschaft aberkannt, aber sie können mir nicht verbieten Griechin zu sein. Wie lächerlich für Pattakos und seine Clique.

Wer hat diesen Subjekten das Recht verliehen, zu entscheiden, wer Grieche ist und wer nicht? Weil sie Tanks und Gewehre besitzen, denken sie, sie haben nur mit Soldaten zu tun.

Das griechische Volk hat eine ruhmreiche Geschichte. Eine Clique von Offizieren kann nicht die Geschichte und die Zukunft des heldenhaften griechischen Volkes bestimmen.

Die Obristen sind lächerlich. Sie sind keine Griechen, denn sie vertreten Interessen, die feindlich zu den Interessen des griechischen Volkes sind.

e l a n: Wie bewerten Sie die Protestaktionen der Jugend der Bundesrepublik gegen den faschistischen Putsch in Griechenland?

Jeden Tag bekomme ich hunderte von Briefen von griechischen Arbeitern und Studenten, die in der Bundesrepublik und in ganz Europa leben. Die deutsche



Jugend hat begriffen, welches Leiden meinem Land droht, und hat sofort reagiert. Die Protestaktionen der deutschen Jugend haben mich sehr beeindruckt. Jede Nachricht über Protestaktionen wirkt auf mich, als wären tausend Kämpfer in unsere Reihen neu dazugekommen, in unsere große Armee, die die Faschisten besiegen wird.

e l a n: Das faschistische Regime hat Mikis Theodorakis und 40.000 Demokraten eingekerkert. Was können wir tun, um ihnen zu helfen?

Das faschistische Regime hat die griechische Demokratie ins Gefängnis gesperrt. Unsere besten Söhne werden gefoltert. Ganz Griechenland trauert.

Aber Theodorakis – für uns ist er frei. Wir singen seine Lieder, wir lieben ihn, wir denken an ihn. Wir marschieren nach seinen Rythmen; wir sind die Armee, die die Faschisten besiegen wird.

Bleibt keine Minute ruhig. Sammelt Geld, Kleidung, Nahrung, Medikamente für die Gefangenen und Deportierten, für ihre Familien.

Erzählt der ganzen Welt die Leiden, die unsere Landsleute ertragen. Helft unseren besten Söhnen, der Jugend, die in Griechenland in der ersten Reihe gegen die Tyrannen kämpft.

Textilien von heute elegant pflegeleicht täglich neu

Chemiefasertextilien

made in DDR

EIN SIEGEL
FÜR
GARANTIERTE
QUALITÄT

Warenzeichenverband für Kunststoffzeugnisse der DDR - e.V., Rudolstadt/Thür.

Hürdenlauf

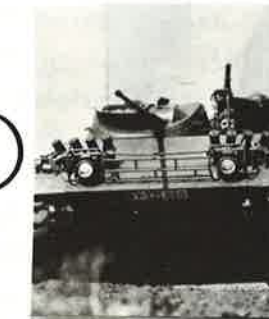
ein
politisches
Würfelspiel

Start

2 Sie haben noch mal Glück gehabt! Der Schleudersitz funktioniert. Vier Punkte vor!

1 Die Überlegung, ob Sie bei der richtigen Partei gelandet sind, hält Sie auf. Zweimal mit Würfeln aussetzen!

Ziel



3 Wer auf den Schützenpanzer HS 30 baut, geht fehl. Deshalb noch mal von vorn anfangen!



15 Prüfen Sie, ob Sie mit dieser Dame Glück haben. Bei der nächsten sex dürfen Sie ins Ziel!

6 Der Schreck über Unmoral, Verbrechen und die Mauer fährt Ihnen in die Glieder. Sie erhalten Bedenkzeit, bis alle Mitspieler an Ihnen vorbeigezogen sind.



5 Lassen Sie sich nicht täuschen! Diese sogenannte Hürde existiert garnicht. 5 Punkte vor!

4 Dagegen kommen Sie allein nicht an. Warten Sie, bis der nächste Mitspieler Sie eingeholt hat.

7 Schämen Sie sich, so genau hinzusehen! Im Namen des Volkswartbundes: Von vorn anfangen!



9 Kein Mensch kann Ihnen zumuten, hier länger zu verweilen! Verschwinden Sie schnell und überspringen Sie den nächsten Mitspieler!

8 Ihr Vertrauen zum Starfighter war grenzenlos. Diesmal hatten Sie Pech. Sie scheiden ohne Entschädigung aus!



11 Sie ärgern sich solange, daß diese Partei in die Große Koalition gegangen ist, bis alle Mitspieler an Ihnen vorbeigezogen sind.

12 Sie rätseln, welche Zeitungen nicht Springer gehören. Das hält Sie auf! Zweimal mit Würfeln aussetzen!



10 Alles mit e l a n machen — das ist ein guter Wahlspruch. Sie dürfen 10 Felder vorrücken.



13 Ein Schritt vor, fünf Schritte zurück!



14 Sie lachen sich tot und scheiden aus dem Spiel aus. Pech!

GÄSTE AUS

Unmittelbar vor dem Jahrestag der russischen Oktoberrevolution trafen fünf Chefredakteure und Redakteure sowjetischer Jugendzeitungen in Dortmund ein. Für zehn Tage weilten sie auf Einladung des e l a n in der Bundesrepublik.

Auf dem Programm standen Gespräche mit verschiedenen Jugend- und Studentenverbänden, öffentliche Foren und Diskussionen in Jugendclubs, aber auch Werkbesichtigungen und Gespräche mit Berg- und Stahlarbeitern. Der Gruppe gehörten an: Dimitrij Avraamov, Chefredakteur der Zeitschrift „Der junge Kommunist“, Henrick Gorkow, Chefkorrespondent der „Komsomolskaja Prawda“, Swetlana Petuchowa, Redakteurin der deutschsprachigen Ausgabe des „Bulletin“ der sowjetischen Jugendverbände, Alexej Fedotow, stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift „Rovesnik“ und Viktor Weduta, Chefredakteur der Zeitung „Komsomolsk Kuban“.

In Dortmund und Hannover wurden die Journalisten von offiziellen Vertretern der Stadt empfangen. Dazu notierte die „Hannoversche Presse: „Diese Menschen sind wißbegieriger als andere Besucher, und sie fragen gezielt aus einer dialektisch gesicherten gesellschaftspolitischen Position“.

Die Dortmunder Zeitungen fanden es besonders bemerkenswert, daß die Gäste „just in den Tagen, wo ihr Land den 50. Jahrestag der Oktoberrevolution feiern“ in die Bundesrepublik gekommen waren.

Zu den Höhepunkten der Reise, die die Gäste in mehrere Städte Nordrhein-Westfalens, nach Frankfurt und Hannover führte, gehörten die e l a n -Solidaritäts-Revue in Düsseldorf sowie die Großkundgebung gegen den Neonazismus, die anläßlich des NPD-Parteitages in Hannover stattfand.

MOSKAU



Programmbesprechung in der e l a n -Redaktion.



Dortmunds Bürgermeister Sprave (links) empfing die Jugend-Journalisten zu einem zweistündigen Gespräch im Rathaus.



Zwei Stunden nach ihrer Ankunft nahmen die sowjetischen Gäste an einem Forum des Dortmunder Jugendclubs „Independent“ teil. Sie diskutierten mit Werner Zeidler (rechts) von der SPD und Bernhard Jendrewski (links) von der DFU über die Frage: „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“



Die sowjetische Gruppe bei einem Besuch der Hoesch-AG in Dortmund.



Nach einem Gespräch im Rathaus von Hannover, in dessen Mittelpunkt der NPD-Parteitag in der niedersächsischen Landeshauptstadt stand, legte die Gruppe Blumen am sowjetischen Ehrenmal am Maschsee nieder. Rechts im Bild Stadtrat Dr. Frerk, der die Journalisten zuvor empfangen hatte.

Insel Lessing



3 Bände 30 Mark

Herausgegeben und mit Einleitungen versehen von Kurt Wölfel. Erläuterungen zu den philosophischen und theologischen Schriften: Karlmann Beyschlag; zu allen übrigen Werken: Bodo Lecke. Allen fremdsprachigen Zitaten sind Übersetzungen im Text beigegeben. 2188 Seiten. Leinen in Kassette. (Vorzugspreis DM 30,- für die 1. Auflage.)

- BAND I Gedichte – Fabeln – Dramen.
- BAND II: Schriften zur Poetik – Dramaturgie – Literaturkritik.
- BAND III: Antiquarische Schriften – Theologische und philosophische Schriften.

» Auf Lessing zurückgehen heißt fortschreiten «

Gleichzeitig erschien: »Lessings Leben und Werk in Daten und Bildern«. Herausgegeben von Kurt Wölfel unter Mitwirkung von Bodo Lecke. 240 Textseiten. 176 Bildseiten. Leinen DM 28,- (für Bezieher des »Insel-Lessing« bis 31. 12. 67: DM 20,-)

Früher erschienen: »Insel-Goethe«. »Insel-Schiller«. »Insel-E. T. A. Hoffmann«.

Demnächst erscheinen: »Insel-Hebel«. »Insel-Heine«. »Insel-Storm«



Insel Verlag

6 Frankfurt am Main 1 – Postfach 3001

ALBERT NENAROKOW

Auf den Barrikaden der Oktoberrevolution

Erlebnisberichte von Teilnehmern und Gegnern der Oktoberrevolution von 1917. Mit Originalfotos aus sowjetischen Archiven.

Paperback, 192 Seiten, DM 12,80

Was Sowjetbürger von uns denken

Fünf sowjetische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens berichten von ihren Eindrücken und Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland. Paperback, 92 Seiten, DM 6,80

ERWIN HINZ

Tendenzen in der modernen sowjetischen Literatur

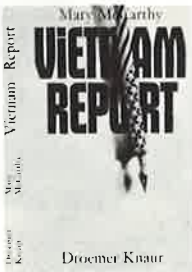
Die Geburt des neuen Menschen.

Paperback, 76 Seiten, DM 7,80

STIMME VERLAG
Frankfurt am Main

Martin Mittwoch

STECKBRIEFE



ZEHN TAGE, DIE DIE WELT ERSCHÜTTERTEN in Augenzeugenberichten, — eines der interessantesten Bücher zum Thema russische Oktoberrevolution, das in diesem Herbst auf den Markt kam. 28 Teilnehmer und Gegner der russischen Revolution kommen in diesem Band zu Wort. Aus ihren Berichten ergibt sich ein farbiges Mosaik des Geschehens in Petrograd, aber auch in Transkaukasien, Sibirien und im Fernen Osten. A. Nenarokows „Auf den Barrikaden der Oktoberrevolution“ (Paperback, 170 S., DM 12,80, STIMME-VERLAG) vermittelt dem Leser ein Bild von der größten politischen und sozialen Umwälzung des 20. Jahrhunderts, und zwar in „Berichten aus erster Hand“.

MARY MC CARTHY'S VIETNAM-REPORT hat schon vor seinem Erscheinen Aufregungen und Auseinandersetzungen verursacht. Ihr Bericht vom schmutzigen Krieg und seinen Folgen für Vietnam zerfetzt die Dekoration, die von der offiziellen amerikanischen Politik kunstvoll ausgebaut wurde, um die Öffentlichkeit über die Wirklichkeit des Krieges in Vietnam zu täuschen. Dieser Vietnam-Report von Mary Mc Carthy (Leinen, 160 S., DM 9,80, DROEMER KNAUR) ist ein Plädoyer gegen die Fortsetzung eines Krieges, den Johnson nicht gewinnen kann, weil das vietnamesische Volk gegen ihn steht. Hätte ich genügend Geld, ich würde jedem Bundestagsabgeordneten ein Exemplar zu Weihnachten schenken!

VIETNAM 67 ist der Titel einer Dokumentation, die Karl Heinz Schröder zum gleichen Thema vorlegt. Sie enthält das politische Programm der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FNL), das auf einem „Sonderkongreß der Front“ Mitte August 1967 angenommen wurde. Interessant ist die im Urtext veröffentlichte Erklärung Nordvietnams über die Möglichkeit zur Wiederherstellung des Friedens sowie der Brief Ho Tshi Minh an Präsident Johnson. Die Abschlußerklärung der Genfer Konferenz aus dem Jahre 1954 sowie dokumentarische Angaben über den chemischen Krieg in Vietnam runden das Bild ab. (brosch., DM 3,00, WELTKREIS-VERLAG, der Reinerlös soll der Hilfsaktion Vietnam zufließen).

MIT 16 JAHREN verließ Jacqueline Susann Philadelphia, um Schauspielerin zu werden. Und 13 Jahre lang galt sie als erfolgreiche Schauspielerin, die am Broadway erfolgreich war und in Fernsehfilmen posierte. Dann schrieb sie auf, was sie gesehen hatte in jenem Pseudoparadies Showgeschäft, das letztlich nach den gleichen Gesetzen funktioniert wie die Schlachthöfe von Chicago. So entstand mit „Das Tal der Puppen“ (Leinen, 420 S., DM 24,80, SCHERZ-VERLAG) ein Roman, der sich rasch die Bestseller-Listen eroberte. Die Autorin beschreibt die „Welt des Scheins“, sie wertet nicht. Aber ihr Bericht ist kompromißlos und hart, er zwingt den Leser zum Nachdenken und zu einer kritischen Prüfung seiner Umwelt.

DER NEUE ENGELMANN führt über die Hintertreppe, über den Dienstboten-Eingang in die Intimsphäre der oberen Zehntausend. Denn auf der anderen Seite steht „Eingang nur für Herrschaften“. Gekonnt und interessant geschrieben ist auch dieses Buch, in dem uns nun schon bekannte Figuren wie „Onkel Xaver“ und andere Personen aus der guten Fibag-Gesellschaft begegnen. Trotzdem bleibt leise Unzufriedenheit. Liegt es daran, daß Engelmann schon kritischer mit seiner Umwelt ins Gericht gegangen ist? Oder daß manches gewollt und konstruiert wirkt, und deshalb nicht so recht überzeugt? (Bernt Engelmann „Eingang nur für Herrschaften“, Leinen, 300 S., DM 19,80, SCHNEEKLUTH).

Karl Hubert Reichel
Die neuen Notstandsentwürfe der Bundesregierung von A — Z

Das Notstands ABC

A

Arbeitssicherstellungsgesetz

Dienstplicht für Frauen

und auch in Arbeitslagern kaserniert werden;
→ Frauen, die in kriegswichtigen Betrieben bzw. Berufen arbeiten, dürfen ihren Arbeitsplatz nicht wechseln oder aufgeben. Sie werden somit zu einer modernen Art der Zwangsarbeit verurteilt.

Kündigung verboten

Wütend kommt Schlosser Meyer in seine Abteilung zurück. Er schimpft: „Sie haben mir meine Papiere nicht gegeben! Sie sagen, ich darf nur kündigen, wenn das Arbeitsamt das erlaubt!“
Die Kollegen schütteln ungläubig die Köpfe. Sie wissen: Meyer hatte auf der Westfalenhütte in Dortmund gekündigt, weil er bei Mannesmann/Duisburg einen besser bezahlten Job in Aussicht hatte.
Was die Kollegen nicht wissen: Schlosser Meyer darf tatsächlich nur mit Genehmigung des Arbeitsamtes kündigen, die Genehmigung zum Wechsel des Arbeitsplatzes kann verweigert werden.

Übungen in Friedenszeiten

Herr Meyer und auch sein Sohn Bernhard (18) können schon in Friedenszeiten zu „Ausbildungsveranstaltungen“ herangezogen werden (§ 2). Die Erstausbildung darf 28 Tage, Wiederholungsübungen dürfen 14 Tage jährlich nicht überschreiten (§ 28).

Keine freie Wahl des Arbeitsplatzes

Dann nämlich, „wenn die Bundesregierung mit Zustimmung des Gemeinsamen Ausschusses (→ Gemeinsamer Ausschuß) feststellt, das (dies) zur Herstellung der erhöhten Verteidigungsbereitschaft unerlässlich ist“. So bestimmt es § 2 des Arbeitssicherstellungsgesetzes, das am 20. Oktober 1967 von der Bundesregierung beschlossen wurde.

Mißbrauch

Für den Anfang ist die Anwendung dieses Gesetzes beschränkt

→ auf die Beschäftigten bei Bundesbahn- und Post sowie Bundeswehr,

→ Bundes-, Landes- und kommunale Behörden,

→ Versorgungsbetriebe und Krankenhäuser,

→ See- und Binnenschifffahrt.

Kasernierte Zwangsarbeiter

Dieses Gesetz, das mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister Brandt, Wehner, Schiller, Leber, Heinemann, Wischniewski, Carlo Schmid, Lauritzen und Käthe Strobel in Kraft treten soll, sieht vor:

Waffe gegen Streiks

→ Wehrfähige — und das sind alle Männer zwischen 18 - 65 — können zu jeder „zum Krieg dienenden“ Arbeit dienstverpflichtet,

Doch es liegt im Ermessen der Bundesregierung, dieses Gesetz auf die gesamte Volkswirtschaft — auf den Reparaturschlosser auf der Westfalenhütte, den Bergmann des Hibernia-Konzerns, die Sekretärin der Krankenkasse oder die Studentin an der Hochschule — anzuwenden.

Per Rechtsverordnung kann sie den Anwendungsbereich nicht nur „abgrenzen“ und „einschränken“, sondern auch „erweitern“ (§ 3).

Auch mit diesem Gesetz würde der Regierung eine Waffe gegen Streiks in die Hand gegeben.

**Verpflichtungs-
behörde
Arbeitsamt**

Das Arbeitssicherstellungsgesetz spannt die Arbeitsämter in das System der Militarisierung der Volkswirtschaft ein. „Verpflichtungsbehörde ist das Arbeitsamt“ (§ 10).

Vom Arbeitsamt erhält Reparaturschlosser Meyer den „Verpflichtungsbescheid“. In ihm ist festgelegt, bei welchem Unternehmer oder in welchem Betrieb Herr Meyer künftig zu arbeiten hat, welcher Art die Beschäftigung sein wird und wie lange sie voraussichtlich dauert. Diese Verpflichtung kann auch mündlich oder fernmündlich ausgesprochen werden (§ 12).

**Zwangswelse
Vorführung**

Auf Aufforderung des Arbeitsamtes hat sich Reparaturschlosser Meyer zu melden oder vorzustellen. Diese Aufforderung kann „bei Aufruf in der Presse, im Rundfunk oder in Gefahr im Verzuge auch „durch öffentlichen Aufruf in der Presse, im Rundfunk oder in anderer Art ergehen“, z. B. durch Lautsprecherwagen, die morgens durch die Siedlung von Herrn Meyer fahren und alle Wehrpflichtigen auffordern, sich umgehend beim Arbeitsamt zu melden (§ 24).

Sollte Schlosser Meyer sich weigern, dieser Aufforderung zu folgen, so kann das Arbeitsamt seine „Vorführung“ anordnen (§ 24, Abs. 3).

Unformlierung

Herr Meyer ist verpflichtet, „Gefahren und Erschwernisse auf sich zu nehmen (§ 30). Sofern er bei der Bundeswehr arbeitet, muß er auf Anordnung in einer Gemeinschaftsunterkunft (Kaserne) wohnen, und auch Dienstkleidung (Uniform) tragen (§ 31).

**Überstunden
sind Pflicht**

Er ist ferner verpflichtet, „über die bestehenden Regelungen hinaus Mehrarbeit zu leisten“ (§ 31, Abs. 2), und wenn man bedenkt, daß auch diese Regelungen nach § 3 auf andere Industriezweige angewandt werden können, dann ist klar, daß dieses Gesetz die Koalitionsfreiheit und die Wirkungsmöglichkeit der Gewerkschaften aushöhlt und in Frage stellt.

Strafen

Wenn Herr Meyer sich weigern sollte, den Vorschriften dieser Gesetze zu folgen, so drohen ihm harte Strafen (→ STRAFEN).

Dienstpflicht für alle

→ NOTSTANDSVERFASSUNG

**Aufenthalts-
regelungsgesetz**

→ KATASTROPHENSCHUTZGESETZ

Äußerer Notstand

→ NOTSTANDSVERFASSUNG (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes).

B

Briefgeheimnis

Beschränkung des Brief-, Post-, und Fernmeldegeheimnisses

Herr Meyer hat einen Bruder in Leipzig. Man schreibt sich. Und es kommt der Familie Meyer spanisch vor, daß die Briefe vom Bruder Kurt mit sehr großer Verspätung eintreffen. Durch einen Zufall erfährt Meyer, daß die Briefe aus Leipzig vom Verfassungsschutz geöffnet und gelesen werden. Das bringt Meyer auf die Palme. Er beschwert sich bei der Post. Aber es nutzt ihm garnichts.

Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Telefongeheimnisses öffnet einer nahezu lückenlosen Bespitzelung aller Bürger die Tür. Verfassungsschutz, Bundesnach-

**Lückenlose
Bespitzelung**

Auf Verdacht

Geheimzensur

**Griechische
Zustände**

**Bevölkerungs-
schutz**

D

**Kündigung
verboten**

**Sekretärin an
der
Drehbank**

**Arbeitsdienst
für Frauen
und Jugendliche . . .**

**. . . schon im
Frieden**

richtendienst und MAD dürfen Briefe öffnen und einsehen, den Fernschreibverkehr mitlesen und Telefongespräche abhören und mitschneiden (§ 1 und 4).

Es genügt, daß „Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen“, daß jemand eine bestimmte strafbare Handlung begangen hat (§ 2). Eine solche Generalvollmacht soll ausgerechnet solchen Spitzelbehörden gegeben werden, die sich bereits in der Vergangenheit außerhalb der Legalität bewegten. Die geistigen Anleihen bei den Methoden der Gestapo sind ebenso unverkennbar wie das obrigkeitsstaatliche Denken der Autoren dieses Gesetzes.

Der Betroffene erfährt nicht, daß seine Post mitgelesen oder daß seine Telefongespräche abgehört werden. Das bestimmt § 1, Abs. 1 der Notstandsverfassung. Wenn beispielsweise der Gewerkschaftsführer Otto Brenner feststellt, daß seine Telefongespräche mit dem Bezirksleiter Willy Bleicher abgehört werden, dann hat er keinerlei Möglichkeit, „auf dem Rechtswege“ dagegen anzugehen. Man muß schon Analphabet oder politisch unzurechnungsfähig sein, um angesichts dieser Tatsachen zu dem Eindruck zu gelangen, den neuen NS-Entwürfen der Regierung seien die Giftzähne gezogen worden.

Denn diese Regelung widerspricht nicht nur elementaren Grundsätzen eines Rechtsstaates, sie verstößt außerdem gegen Artikel 13 der Konvention des Europarates zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Sie ist geeignet, persische oder griechische Verhältnisse auf deutschem Boden zu schaffen.

→ KATASTROPHENSCHUTZGESETZE

→ SCHUTZBAUGESETZ

Dienstpflicht für Frauen

Frau Meyer ist Schaffnerin bei der Dortmunder Straßenbahn, ihre Tochter Heidi arbeitet als Sekretärin in der Verwaltung eines Großbetriebes. Wenn Frau Meyer kündigen will, weil Haushalt und Beruf nicht mehr unter einen Hut zu bringen sind, dann kann ihr das Arbeitsamt die Erlaubnis zur Kündigung verweigern. Und es kann die Sekretärin Heidi zwangsverpflichten, künftig nicht mehr im Büro, sondern an einer Drehbank der Westfalenhütte zu arbeiten. Dann nämlich, wenn die neue Notstandsverfassung vom Bundestag beschlossen ist. Nach Artikel 12, Abs. 3, können die Behörden eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht für alle Bürger — also auch für Frauen, Mädchen und Jugendliche — verfügen. Nicht nur für Wehrpflichtige. Die entsprechenden Ausführungsbestimmungen enthält das Arbeitssicherstellungsgesetz

(→ ARBEITSSICHERUNGSGESETZ).

Es bedarf keiner großen weltpolitischen Krise, um der Bundesregierung die Handhabe zu den oben skizzierten Maßnahmen zu geben. Es genügt, daß die Regierung der Ansicht ist, dies sei „zur Herstellung der erhöhten Verteidigungsbereitschaft . . . unerläßlich“ (Artikel 12 der NS-Verfassung).

E

**Der neue
Regierungsentwurf**

**Ernährungssicher-
stellungsgesetz**

Das Ernährungssicherstellungsgesetz gehört zu den vier Sicherstellungsgesetzen, die am 24. August 1965 vom Bundestag beschlossen wurden. Am 20. Oktober 1967 beschloß die Regierung einen Gesetzentwurf zur Änderung dieses Gesetzes.

Auch nach diesem neuen Gesetzentwurf kann die Regierung Vorschriften erlassen über „Gewinnung, Herstellung, Erfassung, Lieferung, Bezug, Zuteilung, Verwendung“ landwirtschaftlicher Erzeugnisse (§ 1, Abs. 1)

**Totale
Zwangswirtschaft**

Sie kann den Bauern vorschreiben, was sie anzubauen und abzuliefern haben; sie kann ferner verfügen, wer landwirtschaftliche Maschinen, Treibstoffe und Düngemittel zugeteilt bekommt, und welche Betriebe aufrecht erhalten, umgestellt oder eröffnet werden (§ 1, Abs. 2). Die Standardformulierung, die der totalen Reglementierung der Landwirtschaft das Tor öffnet, lautet wiederum: wenn „die Bundesregierung mit Zustimmung des Gemeinsamen Ausschusses festgestellt hat, daß dies zur Herstellung der erhöhten Verteidigungs-bereitschaft oder zum Schutz der Zivilbevölkerung unerläßlich ist“ (§ 2, Abs. 3).

**Draconische
Strafen**

Die Strafbestimmungen aus dem alten Gesetz bleiben bestehen. Danach werden Zuwiderhandlungen mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu 100 000 DM bestraft (§ 22 in Verbindung mit § 4 des Wirtschaftsstrafgesetzes vom 9. Juli 1954). (→ STRAFEN)

**Einschränkung
von Grundrechten**

**Allmacht
der Exekutive**

Sowohl die beschlossenen und im Text vorliegenden, als auch die noch geplanten Notstandsgesetze geben der Exekutive eine nahezu uneingeschränkte Machtbefugnis in die Hand. Unser Grundgesetz enthält 18 elementare Verfassungsgrundrechte. Solange die Regierung die NS-Gesetzgebung nach der Salami-taktik betreibt, läßt sich nicht sicher sagen, in wieviele dieser Grundrechte Eingriffe erfolgen sollen.

**Das
ausgehöhlte
Grundgesetz**

Tatsache ist jedoch, daß die bis jetzt bekanntgewordenen NS-Gesetze das Grundgesetz aushöhlen und zu einem Fetzen Papier degradieren.

F

**Der große
Plan der CDU**

Formierte Gesellschaft

„Die Ausgangsüberlegung, die dem Plan von der ‚Formierten Gesellschaft‘ zugrunde liegt, ist die folgende: Soll es gelingen, die auseinanderstrebende nichtöstliche Welt auf eine antikomunistische Globalstrategie nach eigenen Vorstellungen festzulegen, dann bedarf es dazu einer außenpolitischen ‚Ausstrahlungskraft‘, wie sie die Bundesrepublik heute nicht besitzt. Die Bundesrepublik müßte imstande sein, sich durch Marktaus-

dehnung und Entwicklungshilfe, durch Waf-feneinkäufe einerseits, Militärhilfe anderer-seits und besonders auch durch eine möglichst weitgehende Übertragung des eigenen wirtschaftspolitischen Modells auf andere Länder so in die westliche und neutrale Welt zu integrieren, daß von daher ein politischer Gleichschritt möglich wird.“

So charakterisiert Reinhard Opitz die Ziel-planung der CDU in Richtung einer „Formierten Gesellschaft“ („Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft‘ „in Blätter für deutsche und internationale Politik“, Sonderdruck aus Heft 9/65). Die Formierte Gesellschaft wurde von vielen für eine persönliche Marotte oder „Macke“ Ludwig Erhards gehalten. Dabei wurde übersehen, daß Erhard nur ein Sprachrohr und Erfüllungsgehilfe jener mächtigen Wirtschafts- und Finanzgruppen war, die die entscheidenden Machtpositionen in diesem Lande innehaben.

Wie beim Militär

Logisch ist: Wer Westeuropa und die übrige nichtkommunistische Welt zum „Gleichschritt“ bringen will, muß zuerst das eigene Land im Gleichschritt marschieren lassen. Nur in einem Staat, der nach dem Führersystem aufgebaut ist, lassen sich Störungen des angestrebten Gleichschritts — Arbeitskämpfe, gesellschaftliche Auseinandersetzungen — „ausschalten“. Dieser militärähnlich geordnete Staat läßt sich mit Hilfe der Notstandsgesetze scheinbar auf jenalem Wege errichten. Für die Gewerkschaften bedeutet das in der Praxis: Entweder ordnen sie sich in das System der Formierten Gesellschaft ein, wobei sie die Rolle einer neuen „Deutschen Arbeitsfront“ zu spielen hätten. In diesem Fall würden sie zum Instrument, zum verlängerten Arm der Regierung.

**Verlängerter
Arm der Regierung**

Oder: Die Gewerkschaften verweigern die große Koalition mit CDU und Unternehmern. In diesem Fall verfügt die Regierung mit den NS-Gesetzen über das Mittel, Gewerkschaften und jegliche Opposition gewaltsam auszuschalten. Laut Opitz wurde der von Erhard vorgetragene Plan der Formierten Gesellschaft „von den Sprechern namhafter Industriekonzerne“ ausdrücklich begrüßt. Das zeigt, woher der Wind weht, und vor welchem Hintergrund die NS-Planung der Regierung zu sehen ist.

G

Gewerkschaften

**Der Beschluß
von Berlin**

Wenn Herr Meyer heute noch kündigen darf, wann er will und wenn seine Frau nicht dienstverpflichtet werden kann, wenn Sohn Bernhard nicht in einem Arbeitslager bei Kassel kaserniert wurde und Tochter Heidi schick angezogen ins Büro gehen kann, — wenn also die Notstandsverfassung bis heute nicht unter Dach und Fach ist, dann ist das vor allem den Gewerkschaften zu danken. Am Nein der Gewerkschaften sind bis heute die Notstands-Fahrpläne aller bisherigen Bonner Regierungen gescheitert.

Der 7. ordentliche Bundeskongreß des DGB hatte jede Notstandsgesetzgebung abgelehnt, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht. Zwar hatte der damalige IG-Bau-Vorsitzende Leber, der heute der Re-

Gewerkschaften
lehnen neue
Regierungsentwürfe
ab

Gemeinsamer
Ausschuß
(Notparlament)

H

gierung Kiesinger als Verkehrsminister angehört, versucht, die Gewerkschaften vom kompromißlosen Nein abzubringen und auf eine „weiche Notstandswelle“ zu trimmen. Aber er scheiterte. Es scheiterten auch die Versuche, diesen Beschluß des Kongresses zu unterlaufen und den DGB auf eine „Mitwirkung“ festzulegen.

In einer Entschließung des Bundesausschusses des DGB vom 5. Juli 1967 wurde der neue Entwurf einer Notstandsverfassung abgelehnt. Diese Ablehnung wurde eingehend in einer Dokumentation begründet (erschienen als Broschüre unter dem Titel „Notstand“ im August 1967, herausgegeben vom DGB, Düsseldorf). Eine Woche vor Beginn der öffentlichen Hearings in Bonn unterstrichen die Gewerkschaften dieses Nein auf einer Notstandskundgebung in Bonn, die bei CDU und SPD „beträchtliche Verärgerung“ auslöste. Der Versuch der SPD-Führungsspitze, sich als die Kraft zu präsentieren, die den neuen NS-Plänen die Giftzähne gezogen habe, scheiterte nicht zuletzt an den guten Argumenten der Gewerkschaften. Entscheidend für den Ausgang der Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern der Notstandsgesetze wird sein, in welchem Maße die Gewerkschaften die Arbeiter in den Kampf zur Verhinderung der NS-Gesetze einbeziehen werden.

→ NOTSTANDSVERFASSUNG

Hearings

Eine Auswirkung des zunehmenden Widerstandes gegen die NS-Gesetze sind die öffentlichen Hearings, die in diesen Tagen stattfanden. Die Tatsache, daß hierbei Notstandsgegner zu Wort kamen, ist zu begrüßen, weil jede, aber auch jede Gelegenheit genutzt werden sollte, die Aufklärung über Inhalt und Folgen dieser Gesetze zu verstärken.

Der Bundesregierung ist allerdings in diesem Zusammenhang vorzuwerfen, daß sie mit falschen Karten spielt. Sie möchte den Eindruck erwecken, die Notstandsgesetzgebung komme nach öffentlicher Beratung mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften zustande — auf sehr demokratische Art und Weise.

Hier wird offensichtlich getrickst. Zum einen hat die Regierung bis jetzt nur einen Teil ihrer Gesetzentwürfe vorgelegt. Diese Entwürfe sind der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt.

Zum anderen geht aus dem Wortlaut der Notstandsverfassung und der geänderten Sicherstellungsgesetze zweifelsfrei hervor, daß uns hier der alte Braten mit neuer Soße serviert wird.

→ NOTSTANDSVERFASSUNG

Jugend und Notstand

Sowohl der Entwurf der Notstandsverfassung als auch die vorgelegten Einzelgesetze greifen tief in das Leben des 18jährigen Bernhard Meyer und seiner Alterskameraden ein. Sofern er nicht zur Bundeswehr muß, kann Bernhard Meyer zum Dienst im Zivilschutz-

Pflichten
mit 18 . . .

. . . Rechte ab 21

K

Aufenthalt wird
„geregelt“

Evakuierungen

korps verpflichtet werden (→ ZIVILSCHUTZ-KORPSGESETZ).

Seine beruflichen Fortbildungspläne könnten scheitern oder wesentlich erschwert werden, wenn das Arbeitssicherstellungsgesetz in Kraft getreten wäre, nach dem er einem Kündigungsverbot unterliegen würde (→ ARBEITSSICHERSTELLUNGSGESETZ).

Nach dem Willen der Regierung soll Bernhard Meyer mit 18 Jahren massive Pflichten übernehmen. Die gleiche Regierung ist allerdings nicht bereit, ihm im gleichen Alter auch entsprechende Rechte zu geben. So ist sich die Regierung einig in der Ablehnung der Forderung nach Gewährung des Wahlrechts mit 18 Jahren.

Die jungen Leute zwischen 18 und 21 haben zu dienen und im übrigen die Klappe zu halten — auch wenn es um ihre Haut geht, die in Bonn verhandelt wird. Das zeigt, daß die Jugend viel von der Regierung der großen Koalition erwarten darf, aber sicherlich nichts Gutes.

Es ist deshalb kein Wunder, daß die Jugend in der Antinotstandsbewegung eine aktive Rolle spielt. Von ihr — und ihren Verbänden — ging in vielen Fällen der Anstoß zu Aktionen aus, sie fand solche neuen und wirksamen Formen des Widerstandes wie den beispielhaften „Notstandsreport der Jugend“ in Duisburg (elan, Nr. 7 67 Beilage).

Die Erklärungen und Beschlüsse der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreunde und auch der Falken, sowie verschiedener Studentenverbände demonstrieren eine starke Übereinstimmung im Wollen. Sicherlich könnten weitere Schichten der Jugend in die Front der Notstandsgegner einbezogen werden, wenn diese Übereinstimmung stärker auch in Aktionen zum Ausdruck kommen würde. Das gemeinsame Handeln der Jugend und ihrer Verbände, ob in direkter Aktion oder in den vielen örtlichen Kuratorien „Notstand der Demokratie“, könnte die Bewegung gegen die NS-Gesetze beträchtlich verstärken.

Katastrophenschutz

Am 21. Oktober beschloß die Regierung ein Katastrophenschutzgesetz. Dieses Gesetz soll an die Stelle des im September 1965 beschlossenen Selbstschutzgesetzes treten. In dieses Gesetz wurde das früher geplante Aufenthaltsregelungsgesetz „eingearbeitet“.

Wenn Herr Meyer einen besser bezahlten Arbeitsplatz beim VW-Werk in Wolfsburg annimmt, dann bestellt er einen Möbelwagen und zieht von Dortmund in die Stadt des Käfers. Niemand hat ihm da reinzureden. Das wird anders, wenn dieses Gesetz den Bundestag passiert hat. „Zum Schutz vor Gefahren und Schäden, die der Zivilbevölkerung durch Angriffswaffen drohen, oder für Zwecke der Verteidigung kann angeordnet werden, daß der gewöhnliche Aufenthaltsort nicht ohne Erlaubnis verlassen werden darf (§ 13).

Diese Anordnung kann mitten im Frieden getroffen werden. Es genügt beispielsweise, daß der Gemeinsame Ausschuß feststellt, der Bundesrepublik drohe ein Angriff und damit sei der „Zustand äußerer Gefahr“ (→ Notstandsverfassung) gegeben.

Auch dieses Gesetz plant Evakuierungen großen Stils ein. „Bewohner bestimmter,

RÖDERBERG
VERLAG

NEU!

Annelie und Andrew Thorndike

Das russische Wunder

465 Seiten, Halbleinen DM 14,80

Ein Bildband nach dem gleichnamigen Dokumentarfilm mit vielen bisher unbekannten Fotos. Tausende Kilometer per Eisenbahn, Auto, Flugzeug kreuz und quer durch die Sowjetunion legten die Autoren zurück, um all die Materialien von einmaligem geschichtlichem Wert zusammenzutragen. Das Buch vermittelt ein wahres und realistisches Bild über das zaristische Rußland und den gigantischen Aufbau der Sowjetunion. Aktuell zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution.

Theun de Vries

Dolle Dinsdag

5 Erzählungen aus Amersfoort

Mit 10 Strichätzungen und einem Holzschnitt von Frans Masereel

Etwa 320 Seiten, Ln. ca. DM 11,80

Der weltbekannte niederländische Schriftsteller berichtet von ergreifenden Schicksalen holländischer Häftlinge im Konzentrationslager Amersfoort. Da er selbst in diesem Lager inhaftiert war, läßt seine Darstellung den leidenschaftlichen Atem des Selbst-erlebten spüren.

Bibliothek des Widerstandes:

Max Oppenheimer

Der Fall Vorbote

Mit einem Vorwort von Jakob Truppheller, Bürgermeister i. R., Ehrenbürger der Stadt Mannheim.

Ca. 160 Seiten, kart. etwa DM 6,00

Während des Krieges gaben Mannheimer Antifaschisten die illegale Druckschrift „Der Vorbote“ heraus. An Hand von Gerichtsakten und Aussagen Überlebender schildert der Autor Leben und Wirken dieser Widerstandsgruppe.

Pawel A. Naumow

Bonn — Macht und Ohnmacht

Ein sowjetischer Journalist sieht die Bundesrepublik. Ca. 400 Seiten, Ln. DM 14,80

Der Autor war der erste Korrespondent der großen sowjetischen Zeitung PRAWDA nach dem Kriege in Bonn.

Jozef Lánik

Was Dante nicht sah

Roman, etwa 256 Seiten ca. DM 10,80

Den Stoff zu diesem aufwühlenden Roman liefern eigene Erlebnisse des Verfassers. Er gehört zu den wenigen, denen es gelang, aus der Todesfabrik Auschwitz zu entfliehen — und zu überleben.

Rudolf Rolfs

Ich, der Buhmann

Ca. 180 Seiten, kart. etwa DM 5,40

Mit Karikaturen von Kurt Halbritter

Eine Sammlung satirischer Kolumnen des Schriftstellers und Chefs des Frankfurter Kabarett „Die Schmiere“.

Rudolf Rolfs

Schlag nach bei Rolfs

Ca. 180 Seiten, kart. etwa DM 5,40

Ein Nachschlagewerk eigener Art. Rudolf Rolfs über: Atomwaffen, Politik, Moral, Liebe, Sex, Wirtschaft etc. Die prägnantesten Aphorismen, Pointen und Aussagen aus 18 Büchern von Rudolf Rolfs.

Taschenbücher:

Romane über den Schicksalsweg deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg.

Friedrich Ring

Stabsarzt Dr. Lauterbach

Bodo Uhse

Söldner und Soldat

je DM 3,80

Röderberg-Verlag GmbH, 6 Frankfurt am Main, Postfach 2409



RÖDERBERG-VERLAG G.M.B.H. 6 FRANKFURT A. M.

SCHUMANNSTRASSE 56
POSTFACH 2409
FERNRUF 778528
BANK: DEUTSCHE BANK FFM. NR. 95/4313
POSTSCHECKKONTO NR. 145719 FFM.

Wie Sie 10 DM verdienen können...

erfahren Sie, wenn Sie die nächsten Seiten aufmerksam lesen!

Wir sind einer der wenigen Verlage in der Bundesrepublik, die konsequent eine antifaschistische Linie verfolgen. Deshalb hoffen wir, daß unsere Bücher Ihr besonderes Interesse finden.

Darüberhinaus liefert unser "TAT"-Buch- und Schallplattenvertrieb alle wichtigen Bücher aus Verlagen der Bundesrepublik und der DDR.

Schreiben Sie uns; wir informieren Sie gern ausführlicher!

Mit freundlichen Grüßen

RÖDERBERG-VERLAG G.m.b.H.

Hans Bär
(Hans Bär)
— Verlagsleiter —



MITGLIED DES BÖRSENVEREINS DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS E.V., FRANKFURT/MAIN

Sie sind Demokrat.
Sie wollen, daß
demokratisch regiert
wird. Sie bejahen
das Grundgesetz und
sehen voller Sorge,
wohin unser Land
treibt. Sie möchten
die Hintergründe
erfahren. Den Dingen
auf den Grund
gehen. Sich ein
eigenes Urteil bilden.
Lesen Sie

**die
tat**

Die Wochenzeitung
der engagierten
Demokraten.
Unabhängig
Konsequent
Gegen Neonazismus
u. Militarismus
Für Freiheit
und Grundgesetz
Röderberg Verlag
Frankfurt/Main
Postfach 2409

Es schreiben und
kommentieren:
Alma Kettig, lang-
jährige Bundestags-
abgeordnete
Dr. Arno Klönne,
Dozent an der
Universität in Münste.
Dr. Herbert Mochalski
Mitherausgeber der
evangelischen
Wochenschrift
„Stimme der
Gemeinde“
Max Oppenheimer,
Mitglied des
Präsidiums der
Vereinigungen der
Verfolgten des
Naziregimes
Publizist
In jeder Woche
Die satirische
Kolumne von
Schmiere-Chef
Rudolf Rolfs
Die politische
Karikatur von
Arno Ploog

DM 10,- verdienen Sie ...

wenn Sie jetzt „die tat“ für 1 Jahr abonnieren!

wenn Sie einen neuen Jahresabonnenten für „die tat“ werben!

Bestellschein

Ich bestelle die Wochenzel-
tung „die tat“ für ein Jahr
zum Preis von 30,— DM, ein-
schließl. Porto u. Verpackg.
Lieferung ab

Der Betrag wurde am
auf Konto-Nr. 74 415 bei der
Bank für Gemeinwirtschaft,
Frankfurt/M.,
überwiesen.

Name Vorname

Wohnort (Postleitzahl)

Straße u. Haus-Nr. Datum

Unterschrift

Gutschein über 10,- DM

Unter Anrechnung dieses Gutscheins bitte ich um Lieferung folgender Bücher:

| | |
|----------|----------|
| Ex. | DM |
| Ex. | DM |
| Ex. | DM |

Name

Genauere Anschrift

Die Einlösung des Gutscheines erfolgt nach Bezahlung der Abonnements-Gebühr.
Der Gutschein ist nur zusammen mit dem Bestellschein gültig.

RÖDERBERG VERLAG



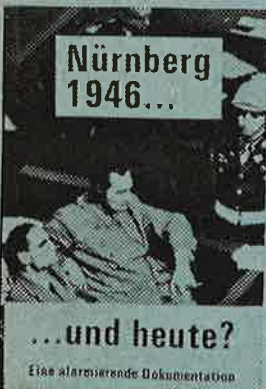
Heinz Brüdigam
Der Schoß ist fruchtbar noch ...
344 Seiten, Papb. **DM 7,80**
Diese Arbeit zeigt die geistigen Wurzeln des Rechtsradikalismus.



Reimund Schnabel
Die Frommen in der Hölle
333 Seiten, Ln. **DM 17,20**
Das Schicksal der Priester im KZ Dachau. Mit einer Namensliste sämtlicher Priesterhäftlinge.



Günter Hofé
Roter Schnee
556 Seiten, Ln. **DM 19,80**
Ein Kriegsroman besonderer Art, der sich durch seine realistische Darstellung auszeichnet.



Nürnberg 1946... und heute?
100 Seiten, kart. **DM 2,00**
Eine Dokumentation, zusammengestellt von der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR)



Prof. Arata Osada (Hrsg.)
Kinder von Hiroshima
281 Seiten, Ln. **DM 8,80**
Japanische Kinder berichten vom Atombombenabwurf am 6. August 1945.



Jürgen Lenz
Kein Paß für Rio
276 Seiten, Ln. **DM 7,80**
Gefährlich sind die Abenteuer, die ein Hamburger Seemann zu bestehen hat.



Egon Richter
Ferien am Feuer
222 Seiten, Ln. **DM 6,80**
Mai 1945! Mit viel Einfühlungsvermögen wird das Zusammenreffen der Roten Armee mit Hitlerjungen geschildert.



Annelie und Andrew Thorndike berichten in ihrem Buch
Jeder Tag war schön
über ihre Schiffsreise von Rostock nach Bombay. 312 Seiten mit 102 Farbfotos in 6farbigem Offsetdruck, 117 Schwarz-Weiß-Fotos, 12 eingeklebte Faksimiles. Format: 20x24 cm, Einband: grobes Sackleinen. Die grafisch gelungene und einfallsreiche Ausstattung machen das Buch zu einem Geschenk besonderer Art. **DM 26,80**

Röderberg-Verlag GmbH, 6 Frankfurt a. Main, Schumannstraße 56

Eingeschränkte Grundrechte

besonders gefährdeter Gebiete können vorübergehend in andere Gebiete verlegt werden (§ 13).
Länder und Gemeinden werden durch dieses Gesetz verpflichtet, Vorbereitungen für eine Evakuierung zu treffen, die in den ersten Stunden eines bewaffneten Konflikts bereits undurchführbar sein würden.

Die Grundrechte der Freiheit der Person, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung werden durch diese Regelung eingeschränkt bzw. gegenstandslos.

Katastrophenschutz

Mit der Aufhebung des Selbstschutzgesetzes, das uns zu einem Volk von 30 Millionen Selbstschutzpflchtigen machte, hat die Regierung scheinbar ein großes Zugeständnis gemacht.

Nach dem Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes" soll es künftig keine Zwangsverpflichtungen geben.

Die freiwilligen Organisationen — das Rote Kreuz, die Feuerwehren und das Technische Hilfswerk — sollen verstärkt werden. Dafür will die Regierung tief in die Tasche greifen. Die mittelfristige Finanzplanung sieht für diese Zwecke eine halbe Milliarde DM jährlich vor.

Die Absicht, die hiermit verfolgt wird ist klar. Auf diese Weise ließe sich eine ausgebildete Kerntuppe schaffen, die bei passender Gelegenheit (Zustand äußerer Gefahr) durch Millionen von Zwangsverpflichtungen aufgefüllt werden könnte. Denn bei näherem Hinsehen geht es nicht ganz so freiwillig zu, wie man uns glauben machen will.

Nachhilfe für Freiwillige

Ein Beispiel: Wenn der Wehrpflichtige Bernhard Meyer sich auf 10 Jahre für den Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet, braucht er keinen Wehrdienst oder Dienst im Zivilschutzkorps zu leisten (§ 88). Mit diesem Köder versucht man offenbar, die Zahl der Freiwilligen zu steigern. Der Pferdefuß kommt in § 11. Denn „im Zustand äußerer Gefahr können allgemeine Anordnungen über das Verhalten der Bevölkerung bei Angriffen gegeben werden. Die Anordnungen bedürfen keiner besonderen Form“

Durch die Hintertür

Dieser § enthält im Endeffekt die Generalvollmacht für Innenminister Lücke, 30 Millionen Bürger unseres Landes zum Katastrophenschutz zwangsverpflichten zu können.

Luftschutz → KATASTROPHENSCHUTZGESETZ

L

Lebensmittelkarten

An geheimen Ort

Seit vier Jahren werden in jeder Stadt der Bundesrepublik Lebensmittelkarten und Bezugsscheine für lebenswichtige Güter (Kleidung, Schuhe, Benzin etc.) an einem geheimgehaltenen Ort aufbewahrt. Das zeigt, daß die Notstandsvorbereitungen in der Praxis sehr viel weiter gediehen sind, als Herr Meyer ahnt.

N

Notstandsverfassung

Um 13.52 Uhr unterbricht der Sprecher des WDR-Mittagsmagazins die Sendung für eine Eilmeldung aus Bonn: Die Bundesregierung hat „zur Herstellung der erhöhten Verteidi-

gungsbereitschaft“ die Dienstverpflichtung aller Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes verfügt (→ Arbeitssicherstellungsgesetz).

Um 14.03 heulen die Werks sirenen der Hoesch AG. Die Belegschaft ist aus Protest gegen diese Maßnahme in den Streik getreten. Eine Stunde später ruht in allen Dortmunder Großbetrieben die Arbeit. Auf der Straße formiert sich ein langer Demonstrationzug in Richtung Marktplatz, auf dem gegen 18.00 Uhr eine Kundgebung gegen die Willkürmaßnahmen der Regierung stattfinden soll. Doch bevor die Demonstration die Innenstadt erreicht, sind Panzer und Einheiten der Bundeswehr auf dem Wall in Stellung gegangen. Es kommt zu blutigen Zusammenstößen, bei denen zwei Arbeiter getötet und mehr als hundert verletzt werden. —

Das ist kein Schauer märchen, sondern ein Ausblick auf künftige Notstandszeiten für Bundesbürger Meyer und seinesgleichen. Die von der CDU-SPD-Regierung bereits am 10. März beschlossene Notstandsverfassung erlaubt der Regierung, die Bundeswehr auf demonstrierende Arbeiter zu hetzen (Artikel 91).

Die Giftzähne gezogen?

Während Herbert Wehner noch mit der Behauptung hausieren ging, den neuen Notstandsentwürfen der Bundesregierung seien die Giftzähne gezogen worden, enthüllte Innenminister Lücke ungeniert die wahre Stoßrichtung der Notstandsverfassung: Der Staat müsse für den Zeitpunkt gerüstet sein, da die „Sonne der Konjunktur“ nicht mehr scheine.

Zwar hatte die Regierung angekündigt, sie werde die „neuen Entwürfe“ frühzeitig bekanntmachen, um eine gründliche, öffentliche Diskussion zu ermöglichen. Doch erst im Juni, knapp drei Monate nachdem Kiesingers Minister-Runde zum vorliegenden Entwurf Ja und Amen gesagt hatten, ließ der Kanzler den Text der NS-Verfassung veröffentlichen.

Die umfassendste Demontage ...

Die umfassendste Demontage des Grundgesetzes (Bundestags-Drucksache V/ 1879) beginnt mit der Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses, die, wie der Bundesrat in seiner Stellungnahme feststellte, „eine nahezu unbegrenzte Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs“ ermöglichen würde (→ Briefgeheimnis).

... des Grundgesetzes

Lückes NSV-Entwurf sieht zwölf neue Artikel, fünf Textänderungen und zwei Streichungen für das geltende Grundgesetz vor. Mit der Notstandsverfassung, die nur mit verfassungsändernder Zweidrittel-Mehrheit vom Bundestag beschlossen werden kann, hätte die Bundesregierung eine Generalvollmacht für Notstandsmaßnahmen — und Verordnungen jeder Art und jeglichen Umfangs in der Hand.

Auch dieser Entwurf hält an den „diktatorischen und militaristischen Tendenzen fest, die schon alle früheren Vorlagen gekennzeichnet haben“ (Manifest der Hochschulen).

Außenpolitische Wirkungen

„Außenpolitisch bedeuten die vorgesehenen Vorbereitungen auf einen ‚Zustand der äußeren Gefahr‘, der von den herrschenden politischen Kräften jederzeit beliebig behauptet werden kann, eine Störung der Bestrebungen zur Festigung und zum Ausbau der internationalen Beziehungen in Europa“, heißt es im ‚Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze‘. „Die Notstandsgesetze sind kein Schutz vor Kriegsgefahr, sie blockieren Friedenssicherungen.“

Fahrplan in die Diktatur

Die vorliegende Notstands-Verfassung ermöglicht

Entrechtung der Arbeiterschaft

→ die völlige Entrechtung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen (Gewerkschaften, Arbeiterjugendverbände) durch ein System staatlicher Diktatur. Diese Diktatur würde sich in allererster Linie gegen das Millionenheer der Arbeiter richten.

Ausschaltung des Bundestages

→ die Ausschaltung des Bundestages und der Mehrheit seiner Abgeordneten durch den „Exklusivklub“ Gemeinsamer Ausschuß, in dessen Hand es gegeben wäre, „unter Ausnutzung internationaler Kriesensituationen“ (Kuba-Krise, Nah-Ost-Konflikt, Ausweitung des Vietnamkrieges) scheinbar legal eine Diktaturregime à la Griechenland zu errichten

Nach dem Regierungsentwurf will die Bundesregierung die Vollmacht,
→ nach Belieben über die Polizeikräfte der Länder zu verfügen;

→ die Bundeswehr gegen außerparlamentarische Bewegungen und gegen Streikende einzusetzen (Artikel 91).

Dazu IG-Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz: „Es sind aber die abhängig Arbeitenden, die darauf angewiesen sind, durch öffentliche Diskussionen und Streiks ihre Interessen zur Geltung zu bringen.“ Und: „Wohin der Eingriff des Militärs in die Demokratie führt, wird uns gegenwärtig in nächster Nähe — nämlich in Griechenland — wieder, vorexerziert.“

Artikel 91 der NS-Verfassung gibt der Regierung die Möglichkeit, die Bundeswehr nach griechischem Muster als „Polizeikräfte“ einzusetzen, und zwar nicht nur „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“, sondern auch bei einer „Naturkatastrophe“ oder zur Bekämpfung eines „besonders schweren Unglücksfalles“.

„Was sich alles unter den Begriff des ‚besonders schweren Unglücksfalles‘ bringen läßt, wird aus dem vierten Absatz dieses Artikels deutlich: ‚Absätze 1 bis 3 finden keine Anwendung auf Arbeitskämpfe, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen im Sinne des Artikels 9, Absatz 3 geführt werden. Daraus ergibt sich der Umkehrschluß: Auf Streiks, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen, finden die Absätze 1 bis 3 Anwendung.“

Der politische Streik kann also unter Einsatz des Militärs unterdrückt werden.“ (Rechtsanwalt Hannover).

Die große Notstands-Koalition ist folglich der Ansicht:

→ Der Generalstreik der deutschen Arbeiterschaft zur Niederschlagung des Kapp-Putsches war illegal und nach den Bestimmungen der NS-Verfassung verfassungswidrig;

→ ein Generalstreik, der 1933 zur Verhinderung der Machtergreifung des Faschismus geführt worden wäre, müßte als ungesetzlich angesehen werden;
→ ein Streik der Arbeiterschaft gegen einen Militärputsch in der Bundesrepublik à la Griechenland oder zur Verhinderung eines Krieges wäre verfassungswidrig und könnte mit Waffengewalt niedergeschlagen werden.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei bereits mehrfach die gewaltsame Niederschlagung von Streiks geprobt haben.

Stoßrichtung gegen Arbeiter

Daß die Regierung darüber hinaus bereit ist, am Tage X auch gegen ausdrücklich geschützte Lohnstreiks vorzugehen, hat der parlamentarische Staatssekretär Benda, Lükkes rechte Hand, auf einer Pressekonferenz in Bonn ausgeplaudert. Vor Journalisten erklärte er, es gebe kein uneingeschränktes Recht zum Streik, und im übrigen gebe es Grenzen, wenn es im Notstandsfall zu einer Kollision der Interessen der Gesamtheit mit denen einer sozialen Gruppe komme (FAZ 21. 10. 67).

Hier wird die eindeutig arbeiterfeindliche Stoßrichtung auch des neuen Entwurfes deutlich. Sie spiegelt sich ebenso wider in der Neufassung des Artikels 12 und in dem dazugehörigen Ausführungsgesetz (→ Arbeitssicherstellungsgesetz).

Ein „gesellschaftspolitisches Konzept“ sieht Georg Benz in der Notstandsplanung: „Die Machtverschiebungen, die sich bereits mit der Gründung der Bundesrepublik zu Gunsten der Großindustrie abzeichneten und mit wachsender Konzentration in der Zusammenballung wirtschaftlicher Kraft parallel mit der Einflußnahme einer konservativen Ministerialbürokratie und der Militärs weiterentwickelten, sollen verfassungsrechtlich abgesichert werden.“ Notstandsgesetze schaffen also nicht nur Kriegerrecht im Frieden. Sie sind gedacht als eiserne Faust zur Verhinderung notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen.

Wann beginnt der Notstand?

Der gemeinsame Ausschuß

Feigenblatt der Diktatur

Wann die Notstandszeit anbricht, die dem Bürger Meyer Rechtlosigkeit und der Exekutive unbeschränkte Sondervollmachten bringt, liegt im Ermessen der Regierung. Schon das bloße „Drohen eines Angriffs“ genügt, um den „Zustand äußerer Gefahr“ zu proklamieren. Scheinbar liegt die Entscheidung darüber beim Bundestag. „Erfordert die Lage unabweisbar ein sofortiges Handeln und stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen“, dann kann der „Gemeinsame Ausschuß“, bestehend aus 22 MdB und 11 Bundesratsmitgliedern mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder diese Feststellung treffen.

Innenminister Lücke hat mit Recht feststellen können, daß der neue Entwurf das früher geplante Notverordnungsrecht der Bundesregierung keineswegs abschwächt, sondern überflüssig macht. Denn die Tätigkeit dieses Ausschusses bleibt geheim. Dieser Ausschuß wird über die geheimen NS-Planungen informiert. Im Gegensatz zu den Abgeordneten des Bundestages, denen von ihren „Fraktionsspezialisten“ lediglich gefilterte Informationen gemacht werden.

Genau genommen wird damit der Bundestag zu einem Ersatz- oder Reserveparlament degradiert. Entweder beschließt er, was die Regierung fordert, oder man greift auf den „Gemeinsamen Ausschuß“ zurück. Das Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE stellte dazu fest, mit der Schaffung dieses Ausschusses werde der Kreis „von Mitwissern und Mithandelnden der Exekutive“ lediglich erweitert. Folglich dürfte von ihm auch kein ernstlicher Widerstand gegen die Regierung zu erwarten sein. Kritisch merkt das Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE an: „Der ‚Gemeinsame Ausschuß‘ wird somit zum pseudoparlamentarischen Feigenblatt einer rein exekutiven Diktaturpraxis gemacht, die die gesamte Bevölkerung in ständiger psychologischer Mobilmachung halten kann.“

Aussichten der Opposition

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den Chancen und Aussichten der Opposition innerhalb und außerhalb des Parlaments. Die Bewegung gegen die NS-Gesetze ist in den letzten Monaten stärker geworden. Sie hat vor der Schwelle des Bundestages nicht Halt gemacht. Eine starke Minderheit der SPD-Fraktion (90 Abgeordnete) sind nicht bereit, den von ihren Ministern miterarbeiteten Entwürfen zuzustimmen. Das gleiche gilt für die FDP-Fraktion. Was vor wenigen Monaten noch unmöglich zu sein schien, könnte in der zweiten Lesung Wirklichkeit werden: Das Zustandekommen der verfassungsmäßigen Sperr-Minderheit von 166 Stimmen.

Der Weg zu den Abgeordneten in den Wahlkreisen wird in den nächsten Monaten ein wichtiger Weg für Bürger Meyer, für alle Bürger sein. Doch wäre es grundfalsch, seine Hoffnungen lediglich auf die erforderlichen Minderheit im Parlament zu setzen. Es geht nicht um „Veränderungen“ oder „Verbesserungen“ der vorliegenden Gesetzentwürfe, „denn es gibt keine ‚guten‘ Notstandsgesetze; so wenig es eine gute Guillotine gibt“ (Prof. Werner Hofmann). Es wird von den Aktionen außerhalb des Parlaments abhängen, ob die NS-Gesetze vom Tisch kommen werden oder nicht.

S

Schubladen-Gesetze

Alle bisherigen Bonner Regierungen betrieben die Notstandsvorbereitungen zweigleisig, nämlich, indem sie

→ dem Bundestag Entwürfe einer Notstandsverfassung und entsprechender Einzelgesetze vorlegte;

→ im Innenministerium die sogenannten Schubladengesetze anfertigen ließen, die den Geheim-Stempel trugen.

Dieses Doppelspiel platzte, nachdem Ostberliner Stellen den Wortlaut der Schubladen-Verordnungen veröffentlichten und den interessierten Journalisten frei Haus lieferte. Bonns Flucht ins Dementi ging schief; schließlich mußte Innenminister Lücke die Existenz „längst vorbereitete(r) Gesetze“ zugeben, die für „den Tag x“ gedacht seien.

Die 1966 in Ostberlin veröffentlichten Gesetze (elan, Nr. 10/66), deren Echtheit „mittlerweile außer Zweifel steht (SPIEGEL, Nr. 46/67), sahen u. a. vor:

→ das Streikrecht wird beseitigt, die freie Wahl des Arbeitsplatzes abgeschafft (Not-Verordnungen über den Zivildienst);

→ Lohn- und Einkommensteuer werden um 20 Prozent erhöht (Notverordnung über Maßnahmen auf dem Gebiet der Besitz- und Verkehrssteuern);

→ politisch mißliebige Personen können ohne richterliche Anordnung in Haft genommen werden, wenn sie „aufgrund ihres früheren Verhaltens“ irgendwie als Regierungsgegner gelten (Notverordnung über Sicherheitsmaßnahmen);

→ jede oppositionelle Person — vom gemäßigt-braven SPIEGEL-REDAKTEUR Mauz bis zum Gewerkschaftsführer Brenner, von der DFU-Professorin Faßbinder bis zum Alt-Kommunisten Schabrod — kann ohne Anklageschrift vor ein Schnell-

Gesetze verbrannt?

Große Dunkelkammer-Koalition

Änderung zurückgestellt

Der Mieter muß zahlen . . .

oder Standgericht gebracht werden (Notverordnung auf dem Gebiet der Rechtspflege);

→ die Regierung kann das Programm der Rundfunkanstalten bestimmen;

→ politisch unbequeme Vereinigungen können zeitweilig verboten werden, — eine Generalvollmacht, die das Verbot von Einzelgewerkschaften (IG Metall, IG Chemie) ebenso sanktionieren würde wie die politische Ausschaltung der DFU, der Ostermarschbewegung oder selbst der FDP.

Ende Oktober erklärte Innenminister Lücke, die Schubladenentwürfe seien nach der Sondersitzung des Kiesinger-Kabinetts am 20. Oktober fallengelassen worden; in etlichen Zeitungen konnte man lesen, Lücke habe Order erteilt, die Schubladengesetze „zu verbrennen“.

Nach Recherchen des SPIEGELS (Nr. 46/67) lagen 14 Tage später „in den Safes der beteiligten Dienststellen noch immer“ die orangefarbenen Kuverts mit den geheimen Notstandsverordnungen. Dazu der SPIEGEL: „In Wahrheit gemahnt die Lücke-Behauptung, es ‚gibt keine Schubladengesetzentwürfe mehr‘, an einen beliebigen Variete-Trick: Ein lebender Elefant wird dadurch zum Verschwinden gebracht, daß man die Zuschauer mittels eines raffinierten Zwischenvorhangs übertölpelt. Der Elefant steht noch immer dahinter“.

Der Zweck des Lücke-Manövers liegt klar auf der Hand: Ohnesorg-Erschießung und Griechenland-Putsch, Polizeieinsätze gegen Studenten und Arbeiter und schließlich das Notstands-Manöver im Rahmen von Fallex 66 haben die Öffentlichkeit hellhöriger gemacht. Deshalb möchte der Minister in der Dunkelkammer bleiben; der Mitwirkung der sozialdemokratischen Minister bei diesem schmutzigen Spiel darf er — bis dato — sicher sein.

Schutzbaugesetz

„Wer Gebäude errichtet, hat Schutzräume für diejenigen Personen zu schaffen, die in den Gebäuden üblicherweise wohnen oder arbeiten . . .“. So bestimmt es das Schutzbaugesetz (§ 2), das am 1. Juli 1968 in Kraft treten soll.

„Änderungen des Schutzbaugesetzes sind bis auf weiteres zurückgestellt worden“ (FAZ). Es bleibt also dabei, daß künftige Neubauten über strahlen- und giftabgassichere Luftschutzkeller verfügen müssen. Herr Meyer müßte mit einer Geldstrafe bis zu 5 000 DM rechnen, wenn er ab Juli 1968 in einem, als Luftschutzraum kenntlich gemachten Keiler Kartoffeln, Heizöl oder Eingemachtes deponieren würde. Denn: Wer „einen Schutzraum nicht in einem seiner Bestimmung entsprechenden Zustand erhält oder einen Schutzraum ohne Genehmigung beseitigt“, handelt ordnungswidrig und macht sich strafbar.

Die Kosten für Schutzräume und das entsprechende Inventar können anteilig auf die Miete umgelegt werden. Dazu Minister Lücke: Die Mieten würden nicht erhöht, aber eine Wohnung, die über einen Schutzraum verfüge, besitze natürlich einen höheren Wert (Frankfurter Allgemeine 21. 10. 1967).

V

Verkehrssicherstellungsgesetz

PKW beschlagnahmt

Kommandierter Verkehr

20 000 DM Strafe

W

Gegen die Arbeiter ...

... für die Unternehmer

Instrument zur Mobilmachung

Eines Tages findet Herr Meyer in der Frühlingspost einen Brief mit der Aufschrift: „Sorgfältig aufbewahren! Erst auf besondere Aufforderung öffnen!“ Der verschlossene Umschlag enthält den Rekrutierungsbefehl für den VW der Familie, der nach dem Verkehrssicherstellungsgesetz jederzeit beschlagnahmt werden kann. Auch nach dem Änderungsentwurf zum „Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs“ kann die Bundesregierung — in diesem Falle der Bundesverkehrsminister Georg Leber

- Privat-PKW und Fernlaster beschlagnahmen,
- Autobahnen oder Bundesstraßen für jeden zivilen Verkehr sperren,
- Bundesbahnstrecken und Postlinien stilllegen lassen.
- Er kann anordnen, daß für Privat-PKW künftig kein Benzin und keine Ersatzteile verkauft oder nur gegen Bezugschein abgegeben werden dürfen.

Weigert sich Herr Meyer, seinen Käfer zum angegebenen Termin abzuliefern, so kann er mit einer Geldstrafe bis zu 20 000 DM bestraft werden. Er macht sich schon strafbar, wenn er den versiegelten Brief ohne besondere Aufforderung öffnet. Die einzige nennenswerte Streichung in diesem Gesetz: Herr Meyer soll künftig nicht mehr an Übungen im Rahmen der staatlichen Autoklau-Aktion herangezogen werden. Für dieses wie für die anderen Sicherstellungsgesetze gilt, was der SPIEGEL feststellte: „An der Substanz der drei Ermächtigungsgesetze hat sich nichts geändert“.

Wirtschaftssicherstellungsgesetz

Während die Regierung mit dem Arbeitssicherstellungsgesetz den „gravierendsten Eingriff in die Freiheit des Bürgers“ (SPIEGEL), genauer gesagt des Arbeiters plant, hat sie im Neuentwurf des Wirtschaftssicherstellungsgesetzes einige Zugeständnisse an die Unternehmer gemacht.

Die im Gesetz vom 24. August 1965 vorgesehene zeitweilige Verwaltung von Betrieben durch den Staat soll entfallen. Auch in der Kostenfrage ist die Regierung Kiesinger ihren Freunden, den Unternehmern, entgegengekommen.

Aber im Kern bleibt dieses Gesetz ein Instrument zur totalen Mobilmachung der Wirtschaft für Kriegszwecke.

Was produziert, gehandelt, verkauft und gekauft werden darf, bestimmt die Regierung. Ob bei Opel schnittige Limousinen oder Geländewagen vom Fließband rollen, bestimmt die Bundesregierung. Ob Müller-Wipperfurth Minirocke oder Zivilschutzkorps-Uniformen produziert, bestimmt die Regierung.

Z

Zivilschutzkorpsgesetz

Eine neue Armee

Vier Monate Grundausbildung

Ausrüstung im Kleiderschrank

Überregionale Eingreif-Reserve

Wenn auf Essen ...

... eine H-Bombe fällt

Wenn Herr Meyer oder sein 18jähriger Sohn Bernhard in der ersten Januarwoche des nächsten Jahres ein amtliches Schreiben erhalten, in dem sie aufgefordert werden, sich „zwecks Ableistung einer viermonatigen Grundausbildung im Rahmen des Zivilschutzkorps in der XYZ-Kaserne in Unna“ zu melden, dann ist das kein schlechter Scherz.

Denn am 20. Oktober beschloß die Bundesregierung: 1968 soll das Notstands-Gesetz über das Zivilschutzkorps in Kraft treten. Es hatte den Bundestag bereits am 12. August 1965 passiert, war jedoch wegen der miesen Haushaltslage bisher nicht in Kraft getreten.

Alle Wehrpflichtigen sind verpflichtet, Dienst im Zivilschutzkorps zu tun. „Schutzkorpsmann“ Meyer muß eine viermonatige Grundausbildung absolvieren (§ 9). Hinzu kommen Wiederholungsübungen. Er kann auch kurzfristig zu „Alarmübungen“ beordert werden, die höchstens zwei Tage dauern (§ 10). Er hat seine Vorgesetzten, Truppenführer oder Oberbereichsführer, zu grüßen und im Gleichschritt zu marschieren, wenn es befohlen wird.

Die wehrmachtsähnliche Kluft für das Zivilschutzkorps liegt schon parat. Wenn Herr Meyer seine vier Monate in der Zivilschutzkorps-Kaserne herum hat, muß er Uniform und Ausrüstung mit nach Hause nehmen. Er hat sie „in der Wohnung oder an einen sonstigen, ihm rasch und jederzeit erreichbaren und zugänglichen Ort“ aufzubewahren und „auf Anordnung zur Prüfung des Zustandes und der Vollzähligkeit“ vorzuweisen (§ 12).

Wann immer der Oberkommandierende dieser neuen Armee — und das ist Bonns Innenminister Paul Lücke — es befiehlt, kann Schutzkorpsmann Meyer „mündlich, fernmündlich, auf dem Funkwege oder durch öffentlichen Aufruf in der Presse, im Rundfunk oder in einer sonstigen geeigneten Weise herangezogen werden“ (§ 15).

Die überregionale Eingreif-Reserve des Herrn Lücke soll bis 1978 etwa 45 000 Mann stark sein. Sie ähnelt in ihrem Aufbau dem nazistischen Reichsarbeitsdienst (RAD). Zu ihrer Grundausrüstung werden Leichenwannen und Spitzhacken, Gasmasken und Geigerzähler gehören. Mit der Aufstellung des Zivilschutzkorps versuchen die Bonner Notstandsplaner die Illusion zu nähren, als wäre im Falle eines bewaffneten Konflikts ein wirksamer Schutz der Bevölkerung möglich.

Im Ernstfall käme diesem Korps keine Bedeutung zu, wenn man bedenkt, daß eine kleine Atombombe eine Stadt wie Essen völlig auslöschen würde, während eine große Wasserstoffbombe jedes Leben in einem Umkreis von 25 Kilometern vernichten würde. Eine solche Bombe würde das Ruhrgebiet zwischen Recklinghausen und Uerdingen, Wuppertal und Dinslaken „ausradieren“. (siehe Manöver „Fatex 67“ in „stern“, Nr. 45, Seite 34).

So entpuppt sich dieses Gesetz als ein weiterer Hebel zur perfekten Militarisation des gesamten öffentlichen Lebens unseres Landes.

elan magazin



Solidaritätsrevue für Mikis Theodorakis

Über 600 Jugendliche bei elan-Großveranstaltung in Düsseldorf.

Von Gregor Hülsmann

Noch eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung liefen elan-Redakteure nervös durch den „100jährigen Bierkeller“. Auf meine Frage „Wird der Saal voll?“ reagierten die elan-Männer mit Achselzucken. Sie wagten keine Prognose. 30 Minuten später: Sitzplätze wurden rar. Noch immer kamen Besucher; dar-

unter viele griechische Gastarbeiter. Und als die Eröffnungsmelodie „Alexis Sorbas“ verklungen war, begann eine Solidaritätsdemonstration, wie ich sie bisher nirgendwo erlebt hatte. Eine Bombenstimmung. Jubel und Begeisterung für die griechischen, spanischen und deutschen Künstler und deren politische Lieder. Alle traten ohne Gage auf. Die Sympathie für diese Revue am 5. November 67 in Düsseldorf war riesengroß. Die Schriftsteller Heinrich Böll, Martin Walser, Christian Geiss-

ler, Max von der Grün und Günter Wallraff, die Zeichner Arno Ploog und Dmitrij Werschbizkij und etliche Verlage hatten Bücher und Zeichnungen und Schallplatten kostenlos zum Verkauf auf einem Griechenland-Bazar zur Verfügung gestellt.

Und aus New York schickte Melina Mercouri ein Tonband. „Ja zur Jugend. Nein zu Yaros. Ja zur Musik von Theodorakis. Ja für die Freilassung aller politischen Gefangenen. Nein zur Diktatur. Ja zu Griechenland für Griechenland.“



Konstantin Papanastasiu (elan Nr. 11/67) sang eigene und Lieder seines Freundes Mikis Theodorakis.



Fasia Jansen und Dieter Süverkrüp sangen einen Text von Gerd Semmer. Dieser Text (siehe Kasten) wurde auf eine Melodie von

Mikis Theodorakis geschrieben, die kurz vor dessen Verhaftung aus Griechenland geschmuggelt wurde.



Die Tanzgruppe der Lambrakisjugend aus Hannover tanzte Sirtaki, den griechischen Nationaltanz.



Hein und Oss Kröher aus Pirmasens sangen „Partisanen von Amur“ und ein griechisches Fischerlied.

Rainer Rowald aus Berlin sang Lieder von Studenten und vom 2. Juni 1967 in Berlin.



elan - Chefredakteur Karl Hubert Reichel sprach zum Schluß der Revue: „Nein zum Faschismus in Griechenland. Nein zum Faschismus in Spanien. Nein auch zum Faschismus in der Bundesrepublik.“



Heinz, Hermann und Reinhold aus Düsseldorf spielten und sangen eigene Lieder. Gemeinsam sangen alle Künstler das deutsche Widerstandslied: „Wir sind die Moorsoldaten“.



Franciscos Voutsinos eilte nach seinem Auftritt in der Düsseldorfer „Oper am Rhein“ zur Solidaritätsrevue, um Lieder von Mikis Theodorakis zu singen. „Wenn die Schlagersänger und -komponisten unserer Heimat eingesperrt werden, dann müssen eben die, die draußen sind, solange ihre Rolle übernehmen“, sagte der griechische Opernsänger.



Joan & José, die beiden mutigen Spanier, sangen ihre Lieder auch gegen die griechischen Faschisten.

LIED DES MIKIS THEODORAKIS AUS DEM GRIECHISCHEN KERKER

Weil ihr von gestern seid, wollt ihr die neue Zeit,
wollt ihr die Völker gar nicht verstehn:
Wir wollten Freie sein und unser eigen sein
und über uns kein Herrenvolk sehn.

Refrain: Freunde, wir rufen, reicht uns die Hand!
Freunde, der Feind ist über dem Land!
Seht, die Henker drohn
uns von ihrem Thron.
Gebt ihnen den Lohn,
und halten wir stand!

Als ihr den Freund gekillt, da nahm ich seinen Schild
und setzte seinen Kampf mit andren fort.
Als es um Frieden ging, das Volk zu sehn anfing,
wußtet als Antwort ihr nur den Mord.

Refrain: Freunde, wir rufen, reicht uns die Hand! . . .

Nun habt ihr Ernst gemacht und habt die finstre Nacht
über dies Land der Sonne gesenkt.
Wir traten ein fürs Recht des Volkes! War das schlecht?
Wie ein gelernter Mörder doch denkt!

Refrain: Freunde, wir rufen, reicht uns die Hand! . . .

Ihr habt mich eingesperrt und aus der Welt gezerzt,
habt mich gequält, haltet Leute für dumm.
Mein Lied noch immer singt, mein Ruf durch Mauern dringt
für all die Tausend, die ihr machtet stumm.

Refrain: Freunde, wir rufen, reicht uns die Hand! . . .

Ihr könnt für kurze Zeit, weil ihr die Henker seid,
ein ganzes Volk wohl in Ketten fñhrr.
Aber es kommt der Tag, da führen wir den Schlag,
da sollt die Kraft der Völker ihr spñrr.

Refrain: Freunde, wir rufen, reicht uns die Hand! . . .

Text: Gerd Semmer
Musik: Mikis Theodorakis

DDR aner kennen

Bürgeraktion
der
„Anerkennungspartei“

Von Helmut Resch

„Die bis heute praktizierte Nicht-anerkennung vertieft die deutsche Spaltung. Tiefer könnte sie nicht sein. Die bisherige Politik schadet der DDR-Bevölkerung. Sie schadet zunehmend der Bundesrepublik und macht auch die proklamierte Öffnung nach Osten höchst unglaubwürdig... Die bundesdeutsche Außenpolitik darf die Realität des zweiten deutschen Staates, der sich DDR nennt und der bereits von vielen Ländern anerkannt wird, mit denen die Bundesrepublik bestrebt ist, gute Beziehungen herzustellen, nicht leugnen... Wir bitten Sie ernsthaft und inständig, die DDR anzuerkennen und den innerdeutschen Bürgerkrieg zu beenden, bevor er unendlich geworden ist...“ So heißt es in einem Brief, für den der Kabarettist Conrad Reinhold und der Schriftsteller Gerhard Zwerenz Unterschriften sammeln und der mit Unterschriften an Bundeskanzler Kiesinger gesandt wurde. Während der Unterschriftensammlung, die in drei Stunden rund 450 Unterschriften erbrachte, bildeten sich lebhaft diskutierende Gruppen an dem mit Schilder versehenen Unterschriftentisch. Inzwischen haben mehr als 1 000 Bundesbürger den Brief unterzeichnet. Die Aktion soll an den nächsten Wochenenden in München, Hamburg und weiteren Großstädten wiederholt werden. Conrad Reinhold teilte mit, daß die Unterschriftenlisten wöchentlich an Kiesinger gesandt werden, um ihm ein Bild von der Stim-

mung im Volke zur Frage der Anerkennung der DDR zu vermitteln. Unterschriftenlisten können bezogen werden: Conrad Reinhold, 6 Frankfurt/Main, Neue Rothofstraße 26a.



Glosse gegen
BILDung
à la Springer

Orgie in Berg

Naturfreundejugend
attackiert
Springer-Konzern

Von Werner Winter

„Mitglieder der linksorientierten Naturfreundejugend untersuchten BILD auf seine Gesinnung. Das ist eine Beleidigung für Millionen BILD-Leser!“ Diese Zeilen sind nicht dem Original - Springer - Machwerk entnommen. Sie finden sich in einer provozierenden Glosse der rheinländischen Naturfreundejugend. In ihrem Jugendzentrum Berg in der Eifel feiert der Verband seine „Springer-Orgie“. Landesjugendleiter Jürgen Laimer teilt dazu mit: „Die Naturfreundejugend will in diesem Jahr ein Experiment starten. U. a. soll dabei auch die BILD-Zeitung und andere Möglichkei-

ten der ‚Meinungsbildung‘ getestet werden. Bei unseren Wochenendseminaren werden wir weitgehend auf Referenten verzichten und sehr vieles praktisch erarbeiten.“ Durch Erarbeitung von Collagen wollen die jungen Naturfreunde den Charakter springerscher Meinungsmache klären. Nächster Termin ist der 9./10. Dezember. Meldungen für die nächste „Orgie in Berg“ sind an die Landesjugendleitung der NF, 5 Köln-Sülz, Postfach 4, zu richten

Lücke floh

Wie Dieter Süverkrüp Notstandsminister Lücke aus dem Saale sang.

Von Gerhard Zander

Minister Paul Lücke (CDU) unterhielt sich laut mit seinem Nachbarn, während Dieter Süverkrüp sang. Minister Lücke saß in der ersten Reihe der Aula des Gymnasiums in Bensberg, in dem die Lücke-Söhne lernen. Nach dem „Lagerlied“ sang Dieter Süverkrüp: „Wir danken Dir, Herr Bonn, daß Du gnädig zurückführst in die Völkergemeinschaft der urgemütlichen Polizeistaaten durch das Gesetz...“ Da verstummte der Notstandsminister. Nach dem Schlußtext „Man sollte die Herren der zwei großen Parteien aus ihrer Koalition rausholen, man sollte ihnen die Hosen auszieh'n und ihnen die Notstandsgesetze verscholen“ — nach diesen Worten hielt es den Minister nicht mehr auf seinem Platz. Nach einem Wortwechsel mit dem neben ihm sitzenden Bürgermeister der rheinischen Stadt Bensberg verließ Paul Lücke, Minister der großen Koalition die Aula. Mehr Süverkrüp-Songs schien er nicht zu ertragen. Der Auszug des Ministers, über diesen Vorfall wurde in

der örtlichen Presse tagelang diskutiert, betrübte hingegen die anderen Gäste jenes Konzertes nicht. Sie applaudierten dem Dieter Süverkrüp, der seine politischen Lieder nach Lückes Auszug ungestört vortragen konnte.

Clubs gründen APOC

Jugendclubs aus NRW
wollen stärker
zusammenarbeiten

Von Rolf Jürgen Priemer

10 Jugendclubs aus Nordrhein-Westfalen (International/Essen, Independent/Dortmund/Aktuell/Hagen, Aktuell/Duisburg, Profil/Leverkusen, elan/Köln, Liberty/Gelsenkirchen, Liberté/Bochum, Inter-Club Herten, Limbo/Düsseldorf-Mettman) haben sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft politischer Jugendclubs“ (APOC) zusammengeschlossen. Die APOC soll die Arbeit der Jugendclubs koordinieren; soll Ratschläge und Informationen geben, Hilfsmittel zur Verfügung stellen. Sie steht weiteren Jugendclubs aus NRW zum Beitritt offen. Es wird eine enge Zusammenarbeit mit Jugendclubs in der ganzen Bundesrepublik angestrebt. Der Geschäftsleitung gehören ehrenamtliche Vertreter von den Jugendclubs International/Essen, elan/Köln, Limbo / Düsseldorf-Mettmann und Independent an. Die APOC bietet zunächst eine Ausstellung (Plakate der russischen Revolution) und einen Lichtbildervortrag über eine Reise durch die Sowjetunion an. Auskünfte und Informationen erteilt: Rolf Jürgen Priemer, 46 Dortmund-Derne, Schmemmannsweg 5.



elan
Das Porträt

Hannes Stütz

Er war auf dem besten Wege, einen festen Platz vor Film- und Fernsehkameras einzunehmen. Ernst Stankowskis Show und die Schlagersendung „Soeben eingetroffen“ des ZDF waren lukrative Betätigungsfelder des Schwaben und Wahl-Münchener Hannes Stütz (31). Nebenbei produzierte er sich auch unter Regie von Helmut Käutner, zuletzt in „Robin Hood“. Doch damit war der „Ofen aus“, Hannes Stütz hatte die Nase gestrichen voll: „Ich habe dabei zwar viel Geld verdient, bin aber von den eigentlichen Problemen vollkommen weggekommen.“ Das war 1965.

„DIE ARBEITER IMPONIERTEN MIR“

Diese „eigentlichen Probleme“ haben Hannes Stütz immer mehr bedeutet, als die gegen-trächtigen „Bretter, die die Welt bedeuten.“ Den Anstoß gab eigentlich die Studentenzeit des Maschinensetzer-Sohns aus Schwäbisch-Gmünd. In Tübingen und München belegte er Germanistik und Geschichte. Um Lehrer zu werden. Der Weg des Arbeitersohns an die Uni kostete die Eltern große Opfer. Hannes Stütz mußte in den Semesterferien arbeiten, um den „Monatswechsel“ zu verdienen. In der Zahnradfabrik Friedrichshafen lernte er den Umgang mit Hammer und Feile kennen. „Vor allem die Kollegen imponierten mir mit ihrer Hilfsbereitschaft und Solidarität“, erinnert sich Hannes. Neben dem Engagement im SDS begannen hier für ihn konkrete politische Überlegungen. „Ich merkte, wie wenig Möglichkeiten dem Arbeiter geboten wurden, seine Persönlichkeit zu entwickeln. Das Einzelgängertum, dem ich damals auch anhing, war für mich gestorben.“

ABSCHIED VON DER TRAUMFABRIK

Seinen künstlerischen Neigungen entsprechend machte Hannes Stütz Kabarett. Zuerst bei den „Knallfröschen“ an der Uni in München. Und nachdem er den Plan aufgegeben hatte, als Pauker einer gesicherten Beamtenkarriere entgegenzumarschieren, stellte er seine Fähigkeiten als Texter in den Dienst der „Zwiebel“. Film und Fernsehen folgten, wie schon erwähnt. „1965 habe ich abrupt aufgehört. Ich war uninformiert, nur noch mit meinen eigenen Problemen beschäftigt. Ich hatte einen rückläufigen Prozeß hinter mir, war wieder beim Individualismus angelangt.“ Diesen Entschluß, seine Meinung nicht auf dem Markt des Showgeschäfts zu verhö-kern, mußte Hannes teuer bezahlen. So plötzlich wie er sich von der Traumfabrik trennte, blieben natürlich auch die Gagen aus. „Das war ein schwerer Übergang, ich hatte hart zu kämpfen.“ Doch er hatte den festen Willen, nur noch zu schreiben und zu sagen, was er selbst auch wirklich meint. Ihn reizte das Engagement in der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit. Dort war er Lehrender und Lernender zugleich. Oft genug konnte er die Anregungen der organisierten Kollegen für seine Arbeit verwenden.



DER NEUE WARTBURG 1000

DM 5150,-
Modernster
Spitzenwagen der
Einliterklasse!



- Rallye Monte Carlo 1967:
2. Platz in Serientourenwagen!
- Tulpen-Rallye 1967 in Holland:
2. und 3. Platz (bis 1000 cbm)!

WARTBURG-Kombi DM 5620,-

5türlich — Ladefläche 2,4 qm —
Nutzlast 450 kg

Der neue Wartburg ist 50 000 km
wartungsfrei!

... und wenn Sie noch preiswerter
fahren wollen, dann kaufen Sie
einen

TRABANT 601 DM 3190,-

das billigste Auto
Europas! —
600 ccm, 23 PS, Duroplast (nicht
rostend)

**Rudolf Ziegler,
Dortmund
Saarlandstraße 117**

Vertragshändler
der Automobilwerke Eisenach —
Zwickau und Karl-Marx-Stadt

Ständiges Angebot von guten
Gebrauchtwagen aller Fabrikate.

Neuester Automobiltyp aus Eisenach

WARTBURG 1000



Seit einiger Zeit versuchen die volkseigenen Automobilwerke Eisenach mit einem neuen Modell auch auf dem bundesrepublikanischen Automarkt Fuß zu fassen. Der „Supertausend“, wie man diesen Mittelklassewagen in Belgien taufte, hat nach Ansicht einer westdeutschen Motorsportzeitschrift gute Aussichten, „allen Mitbewerbern in der Einliterklasse ein ernstzunehmender Konkurrent“ zu werden.

Der neue „Wartburg 1000“ bekam von der internationalen Kritik gute Zensuren. „Aufsehererregend“ fand die finnische Zeitung „Savo“ vor allem „die moderne und sachliche Linie der Karosserie, während die belgische Zeitschrift „La Wallonie“ die Eisenacher Automobilbauer lobte: „Sie haben einen wirtschaftlichen und kompakten Wagen geschaffen, der den Komfort eines großen Wagens bietet.“

KÄUFER AUCH BEI UNS?

„Wollte man dem Wartburg und seinen Eigenschaften Noten erteilen, so müßte für Straßenlage, Ausstattung, Geräumigkeit, Beschleunigungsvermögen und äußerlichen „look“ jeweils das Prädikat recht gut gegeben werden“, heißt es in AUTO IN SPORT UND INDUSTRIE. Die gleiche Auszeichnung verdient nach Meinung des Testers „auch die sorgfältige Verarbeitung. Insgesamt betrachtet, dürfte der robuste Wartburg ohne Zweifel

auch im Bundesgebiet einen Käuferkreis finden.“

Diese Annahme ist gerechtfertigt. Der „Neue“ aus Eisenach bietet das Bild eines modernen Wagens der Mittelklasse. Er bietet bequem Platz für fünf Erwachsene. Sein besonderer Clou aber ist der Kofferraum, der seinesgleichen bei einem Wagen dieser Klasse sucht. Mit einem Hubraum von 991 cm³ und 45 PS ist er sparsam im Verbrauch und bringt es trotzdem auf etwa 135 km/h. Das Werk garantiert für das gesamte Fahrzeug 50 000 Kilometer Wartungsfreiheit.

Auf dem westdeutschen Markt wird die Wartburg-Limousine für DM 5 150 angeboten. Die de-Luxe-Ausführung kostet 5 600 DM. Vom Preis her und von der gebotenen Leistung dürfte er es also mit vergleichbaren Fabrikaten westdeutscher Produktion durchaus aufnehmen können. Das ärgste Hindernis dürfte die Frage nach Service und Kundendienst sein. Offenbar sind die Eisenacher gewillt, aus den Erfahrungen anderer ausländischer Autoexporteure zu lernen und ein ausreichendes Kundendienstnetz aufzubauen. Vertragswerkstätten gibt es inzwischen zumindest in den meisten großen Städten der Bundesrepublik. Deshalb darf man dem Supertausend aus Eisenach gute Chancen geben, künftig mehr im Straßenbild hervorzutreten.

DIETER KUHLMANN

Sie haben keine Schecks gefälscht und keine Brillanten geklaut. Sie haben weder Sittlichkeitsverbrechen noch Raubüberfälle verübt. Trotzdem sind sie hinter Gittern: Otto Hans 30 Monate lang in der Untersuchungs- und Haftanstalt Hannover, Peter Dürbeck für 12 Monate in der Haftanstalt Oldenburg. Sie wurden bestraft, weil sie etwas nicht getan haben: sie haben nicht ihre Gesinnung, ihre politische Überzeugung gewechselt wie ein schmutziges Hemd. Weil sie Kommunisten geblieben sind, sitzen sie

WEIHNACHTEN IM KNAST

Otto Hans ist heute 33 Jahre alt. Seine Probleme der ersten Nachkriegsjahre waren typisch für die seiner Generation: 1948 beendet er die Volksschule — der Kampf um eine Lehrstelle begann. Erfolglos.

Er schlug sich als Hilfsarbeiter durch, war oft arbeitslos. „Warum“, fragte sich Otto Hans, „gibt mir die Gesellschaft, in der ich lebe, keine Möglichkeit einen Beruf zu lernen, Arbeit zu finden?“

Otto Hans wurde Mitglied der FDJ und später auch der KPD. Die FDJ wurde 1952 verboten. Und Otto Hans ging von seiner Heimatstadt Wilhelmshafen nach Hildesheim, um einem Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen „Verstoß gegen das FDJ-Verbot“ zu entgehen. In Hildesheim traf er 1954 ein Mädchen, das ihm half, und das später auch seine Frau wurde: Gertrud Weiterer.

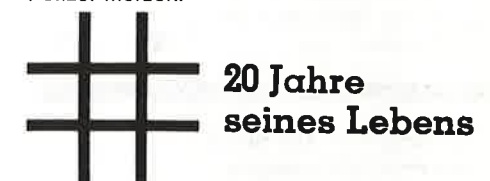


Gemeinsam waren sie aktiv in der Gewerkschaftsjugend, gemeinsam nahmen sie an Diskussionen in der Volkshochschule teil. Pfingsten 1956 wurden beide auf offener Straße verhaftet. Während das Ermittlungsverfahren gegen Gertrud Weiterer eingestellt werden mußte, kam Otto Hans nach 8 Monaten Untersuchungshaft vor Gericht. Das Urteil: Wegen „Verstoß gegen FDJ- und KPD-Verbot“ 25 Monate Gefängnis. Im Januar 1958 wurde Otto Hans entlassen. Der



Otto Hans

Rest der Strafe — 8 Monate — wurde auf Bewährung ausgesetzt, er wurde dazu unter Polizeiaufsicht gestellt. Das bedeutete: Er durfte seine Wohnung nur innerhalb bestimmter Zeiten verlassen; er durfte Hildesheim nur mit polizeilicher Genehmigung verlassen; er mußte sich wöchentlich bei der Polizei melden.



Im Februar 1958 konnte Otto Hans Gertrud Weiterer heiraten. Und wieder begann der Kampf um eine Lehrstelle. Aber obwohl es jetzt Lehrstellen gab — der politisch Vorbestrafte erhielt keine. Wieder wurde er Hilfsarbeiter. Seine damaligen Vorgesetzten: „Er arbeitete so zuverlässig und genau, daß wir ihn als Anilin-Drucker anlernten.“ Aber die politische Polizei gab keine Ruhe. Neue Ermittlungsverfahren folgten. Haussuchungen wurden — ohne Erfolg — durchgeführt. „Erkundigungen“ bei Arbeitgebern von Otto Hans hatten zur Folge, daß er immer wieder entlassen wurde. Bewerbungen bei anderen Firmen wurden unmotiviert abgelehnt.

Otto Hans versuchte, sich als freier Journalist eine Existenz aufzubauen. Er schrieb Artikel zu den Notstandsplänen der Bundesregierung, zur Deutschland- und Ostpolitik. Am 13. Juni 1964 wurde er bei einer Leserversammlung der linksorientierten Wochenschrift „heute“ erneut festgenommen. 9 Mo-

Bücher zu heißen Themen

NEU!

Vietnam 67

Dokumente und Berichte vorgelegt von Karl Heinz Schröder, u. a. Programm der FNL Südvietnams, Genfer Abschlusserklärung, Brief Ho Tsch Minh an Johnson. Der chemische Giftkrieg in Vietnam. DM 3,— brosch.

NEU!

Karl Heinz Schröder

Auf den Spuren des Bundesinnenministeriums

Eine offene Auseinandersetzung mit den Verneblungsversuchen des Bundesinnenministeriums in Sachen Notstandsgesetze. DM 2,— brosch.

Georg Polikeit

Die sogenannte DDR

Zahlen. Daten. Realitäten.

Eine Landeskunde über den anderen Teil Deutschlands. 328 Seiten DM 13,70

Leningrad — Die Stadt, die den Tod bezwang

Ein Bildband für Anspruchsvolle. 450 seltene Dokumentar-Fotos aus sowjetischen Archiven. Leinen, Großformat. 276 Seiten DM 24,80

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt

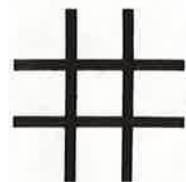


Weltkreis-Verlags GmbH.
6104 Jugenheim/Bergstraße
Alsbacher Straße 65



Peters Mutter Herta

nate saß er in Untersuchungshaft. Der Prozeß wegen „Verstoß gegen das KPD-Verbot“ folgte im November 1965. Mit der Begründung, er sei „unverbesserlich“, wurde er zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil löste Proteste aus. Eingaben an das Justizministerium bewirkten einen Strafaufschub. Am 12. Januar 1967 jedoch mußte Otto Hans seine Reststrafe von 21 Monaten im Gefängnis von Hannover, Schulenburg Landstraße, antreten. Gleichzeitig wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre aberkannt. Wenn Otto Hans diese Strafe voll absitzen muß, hat er insgesamt 50 Monate seines jungen Lebens im Gefängnis zugebracht. Es sind die besten Jahre seines Lebens. Rechnet man Ermittlungsverfahren, Polizeiaufsicht, Bewährungsfristen und Verlust der Ehrenrechte hinzu, dann ergeben sich volle 20 Jahre, in denen Otto Hans polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt war.



Die hafterfahrene Familie

Seit April 1967 befindet sich Peter Dürrbeck in der Haftanstalt Oldenburg. Zu 12 Monaten Gefängnis wurde der 28jährige Arbeiter verurteilt, wegen „Verstoß gegen das KPD-Verbot“ und „Rädelsführerschaft“ — was immer die Lüneburger Staatsanwaltschaft und die Richter darunter verstehen. Die Lüneburger Justiz ist berüchtigt dafür, daß sie selbst bei fragwürdiger Beweisführung in politischen

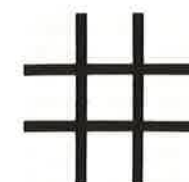
Peter Dürrbeck

Verfahren gegen „links“ härteste Strafen ausspricht. Peter Dürrbeck, bekannt als ehemaliger 2. Landesjugendleiter der Naturfreundejugend, als Ostermarschierer und aktiver Notstandsgegner, kommt aus einer Familie mit beträchtlicher Hafterfahrung. Seine Freunde sprechen mit Hochachtung von der Familie Dürrbeck: „Das ist eine Familie, die schon immer für ihre Überzeugung gekämpft hat.“



Verfolgt von den Nazis ...

Peters Mutter Herta leistete in einer illegalen Jugendgruppe Widerstand gegen die Nazis. 1934 stand sie als blutjunges Mädchen wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor Gericht. Für eineinhalb Jahre mußte sie ins Gefängnis. Bis 1945 stand sie unter Polizeiaufsicht. Peters Vater kam aus dem gleichen Grund ins Strafbataillon. Er starb 1953 an den Mißhandlungen dieser Truppe.



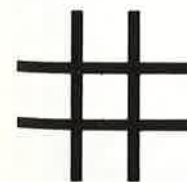
... und von Niedersachsens Justiz

Die Verfolgungen durch die politische Strafjustiz überdauerten das 3. Reich. Auf den Tag genau 20 Jahre nach ihrer Entlassung aus der Nazihaft, am 10. Mai 1956, mußte



Peter Dürrbeck

Herta Dürrbeck wieder ins Gefängnis von Hannover. Diesmal wegen „Förderung der verbotenen FDJ“. „Ich hatte“, so erzählt Herta Dürrbeck, „als Landtagsabgeordnete der KPD gegen die Beamten protestiert, die junge Leute an der Grenze zur DDR aus den Zügen holten. Dafür bekam ich drei Monate Gefängnis.“ Ihre zweite Strafe im Nachfolgestaat des 3. Reiches: 10 Monate Gefängnis wegen „Verstoß gegen das KPD-Verbot“. 5 Monate wurden ihr auf Bewährung erlassen. Als sie sich jetzt für die Freilassung ihres Sohnes einsetzte, der in seiner bisherigen Haftzeit 35 Pfund Gewicht verlor und deshalb an Kreislaufstörungen leidet, wurde sie wieder vorgeladen. Man drohte ihr an, die zur Bewährung ausgesetzte Strafe zu vollstrecken, da sie „sich des in sie gesetzten Vertrauens nicht würdig erwiesen hat“. Peter Dürrbeck hat sich deshalb an den Rechtsausschuß des Niedersächsischen Landtages mit einem Protestbrief gewandt. Diese Praxis, so schrieb er, habe zur Folge, daß er und seine Mutter abwechseln immer im Gefängnis sitzen würden. Denn immer werde sich der eine für die Freilassung des anderen einsetzen.



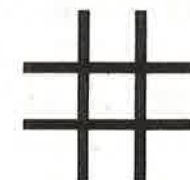
Haftverschonung für Massenmörder

Harte Urteile gegen „Links“. Von dieser Justiz wird eindeutig mit zweierlei Maß gemessen. Denn da gibt es andere, die eben-

falls ihre Gesinnung nicht gewechselt haben: Massenmörder aus dem 3. Reich, hilfswillige Diener der Nazis. Sie werden nicht verurteilt, wenn doch, werden sie milde behandelt, wird ihnen Strafe erlassen.

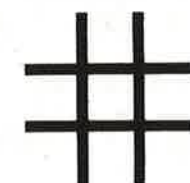
Drei Namen stehen hier für viele:

- Dr. Heinrich Bütefisch, als SS-Obersturmbannführer und Bevollmächtigter der IG-Farben verantwortlich für den Einsatz von KZ-Häftlingen im Werk Auschwitz, wurde in Nürnberg nur zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Im Jahre 1964 erhielt er von Bundespräsident Lübke das Bundesverdienstkreuz.
- Willi Dusenschön, SS-Obersturmbannführer und 1. Kommandant der KZ Fuhlsbüttel und Papenburg. Er wurde 1962 vom Hamburger Schwurgericht wegen „Mangel an Beweisen“ freigesprochen.
- Dr. Otto Bradfisch, als ehemaliger SS-Obersturmbannführer in München und Hannover wegen Beihilfe zum Massenmord zu insgesamt 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach zwei Jahren Haft wurde er wegen Erkrankung entlassen. Dem Niedersächsischen Justizministerium war nicht einmal bekannt, wo sich Bradfisch nach seiner Haftentlassung aufhielt.



Auf dem rechten Auge blind

Das ist eine Tatsache und ein Skandal: Die politische Strafjustiz in der Bundesrepublik und vor allem in Niedersachsen ist auf dem rechten Auge blind. Und deshalb werden Kommunisten immer wieder im Gefängnis sitzen, ob Weihnachten oder Ostern, Sommer oder Winter. Dieses Problem wird bestehen, so lange das KPD-Verbot besteht. Und es kann erst gelöst werden, wenn dieses Verbot aufgehoben wird. Ein erster Schritt dazu könnte zweifellos der Erlass einer Amnestie sein, die die ergangenen Haftbefehle aufgrund des KPD-Verbotes aufheben würde.



Helft ihnen

Auch heute schon kann den politischen Gefangenen geholfen werden. In Niedersachsen wurde eine Petition verfaßt, die sich für die Freilassung von Otto Hans und Peter Dürrbeck ausspricht. Mehr als 600 Persönlichkeiten, unter ihnen Erich Kästner, Professor Petersen und Kirchenpräsident Middendorf, haben sie schon unterzeichnet. Auch e l a n hat sich in einem Schreiben an das niedersächsische Innen- und das Justizministerium gewandt mit der Forderung, die Fälle Otto Hans und Peter Dürrbeck zu überprüfen und beide noch vor Weihnachten aus der Haft zu entlassen. Wir hoffen, daß der Einsatz von vielen Menschen Erfolg haben wird.

FRISCH AUS DER PRESSE



Lieder und Chansons von Mikis Theodorakis

Lieder der griechischen Jugend gegen den Faschismus

SF 9 — 7 — 117
17 cm/33UPm

DM 9,80



Ab sofort wieder lieferbar:

Vietnam singt

Vietnamesische Freiheitslieder mit der Hymne der FLN u. a.
SF 6 — 12 — 102
17 cm/45 Upm

DM 6,75

Bestellungen an

**Weltkreisverlag,
6 Frankfurt/Main
Robert-Mayer-Straße 50**

ARNO PLOOG:

AXEL-SPRINGER - GEDENKBLATT!

DIESE BLATT SCHENKT elan SEINEN
LESERN ZU WEIHNACHTEN. SIE SOLLTEN
SICH INS ZIMMER HÄNGEN. SOFORT!

DENN AXEL SPRINGER WIRD IN LETZTER
ZEIT SO ANGEGRIFFEN. HEFTIG ANGE-
GRIFFEN! VON ALLEN SEITEN! WIE LAN-
GE NOCH? DENN ER IST EIN EHREN-
WERTER MANN!
DAS ER DAS VERDIENT?

NUR WEIL ER 90 PROZENT ALLER SONN-
TAGSZEITUNGEN BESITZT. FAST 70PRO-
ZENT DER TAGESZEITUNGEN IN BERLIN.
50 PROZENT DER GESAMTAUFLAGE DER
RUNDFUNKZEITSCHRIFTEN.-UND VERLAGE.
NUR WEIL SEINE BLÄTTER POLITIK MA-
CHEN. KALTE-KRIEGS-POLITIK. NUR WEIL

SEINE ZEITUNGEN EIN BISSCHEN IN
BERLIN GEHETZT HABEN. WO BENND
OHNESORG ERSCHOSSEN WURDE. WAS
AXEL SPRINGER SCHLAFLOSE NÄCHTE
BEREITET. DENN ER IST EIN EHREN-
WERTER MANN! NUR WEIL ER ANS
FERNSEHEN HERANKOMMEN WILL. MIT
MINOX-KAMERAS UND SO. NUR WEIL
ER PARLAMENTARIER BESTICHT. WEIL
SIE IM VERWALTUNGSRAT DES RUND-
FUNKS SITZEN. ZUM BEISPIEL IN
SCHLESWIG-HOLSTEIN...

WIE LANGE WIRD ER DIESER KRITIK
NOCH STANDHALTEN? O ARMER AXEL...
DENN ER IST EIN EHRENWERTER MANN!
ERWEISEN SIE IHM WENIGSTENS DIE
LETZTE EHRE:

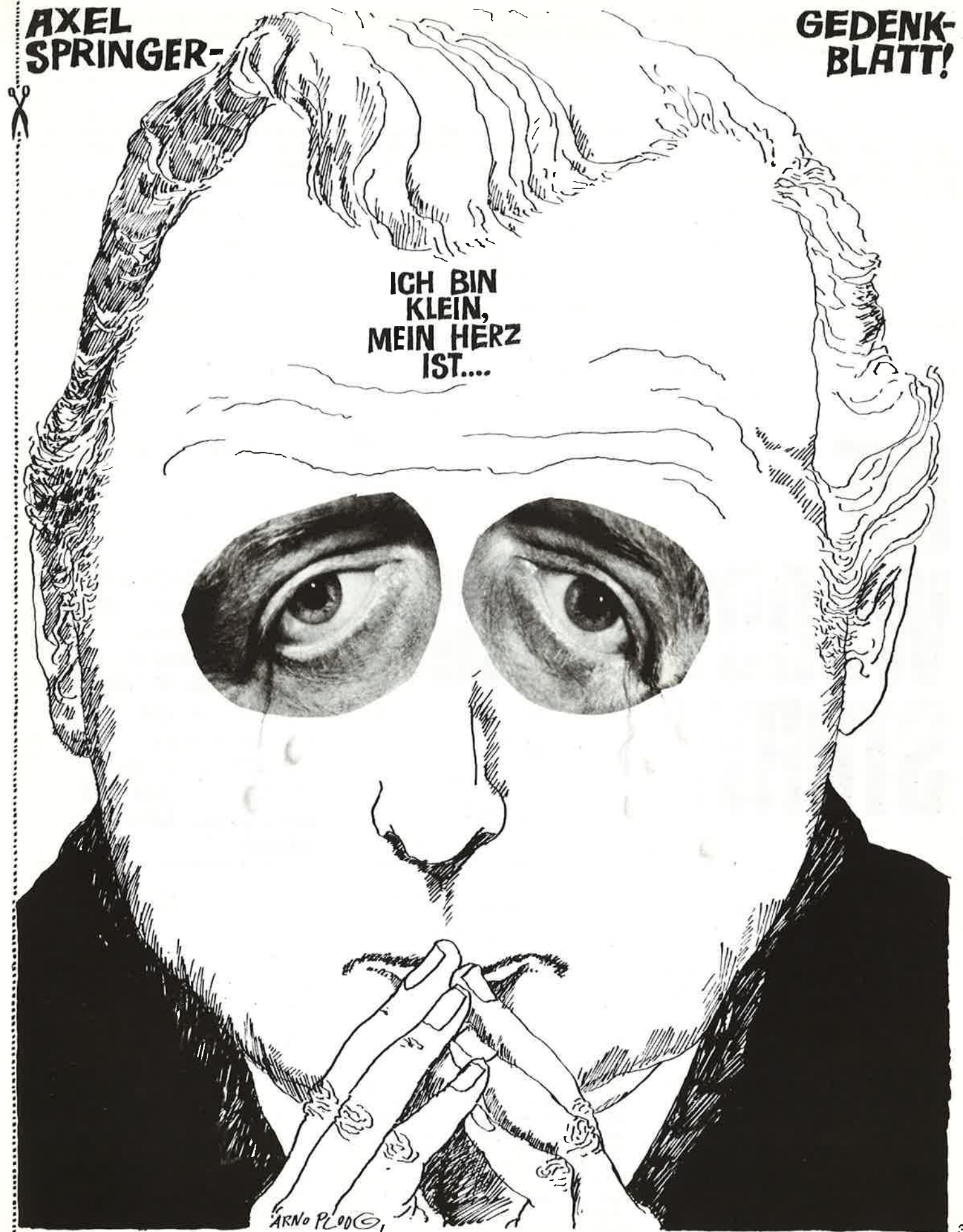
HÄNGEN SIE IHN IN IHREM ZIMMER AUF! DENN UNSER AXEL-SPRINGER-
GEDENKBLATT WIRD AUCH SIE UND IHRE FREUNDE DAVON ÜBERZEUGEN:
ER IST EIN EHRENWERTER MANN!



AXEL
SPRINGER-

GEDENK-
BLATT!

ICH BIN
KLEIN,
MEIN HERZ
IST...



ARNO PLOOG

William Woodrow Guthrie wurde 1912 in der Öl-, Zinkgruben- und Bergarbeiterstadt Okemah in Oklahoma geboren. Okemah war eine lebendige Stadt, in der sich Indianer und Neger, Weiße und Chinesen, Arbeiter und Ausbeuter, Glücksspieler und Revolverhelden, Cowboys und flotte Mädchen ein Stell-dichein gaben. Sie alle kamen in die Kreisstadt, um dort ihre Geschäfte zu betreiben oder um nach einigen Jahren harter, entbehrungsreicher Arbeit in den Prärien und dem Hinterland wenige Tage in Saus und Braus zu leben.

Woody sagt: „Okemah war die lebensfroheste, lauteste, singendste Stadt die ich kenne“. Er hörte Menschen verschiedenster Herkunft ihre Lieder singen, er merkte sie sich und sang sie bald alle nach. Mit zehn Jahren lernte er Mundharmonika spielen.

Zweimal brannte das Haus seiner Eltern ab, Woodys Vater hatte keinen Erfolg bei seinen Spekulationen und geriet in Schulden, seine Mutter wurde nervenkrank, die Schwester

DIE WOODY GUTHRIE STORY

kam bei der Explosion eines Öltanks ums Leben. Woody war dreizehn oder vierzehn Jahre alt, als er nach Texas trampelte und sich unterwegs Arbeit suchte. Nebenbei spielte er auf ländlichen Tanzfesten und bei Hochzeiten Mundharmonika. Er lernte Gitarre spielen und alle Tricks, die er aufschnappen konnte. Er spielte stets nach Gehör, denn er kannte keine Noten.

„Ich arbeitete als Obstpflücker, Dachdecker, Schaufensterschreiber, Brunnenbohrer, Schweinehirt, Cowboy, Baumwollpflücker. Es gab keine Arbeit, die ich nicht annahm. Ich verdiente zwischen 0 Cent und 60 Cent am Tag. Oft schlief ich in den Gefängnissen, wenn mich die Polizei ohne Geld in der Tasche erwischte. Meine besten Lieder hörte ich bei der Arbeit. Diese Lieder sind hart und echt, sie erzählen keine Lügen. Wenn du an der Dampftramme schuftest, hast du keine Lust süße Lieder zu singen. Du mußt im gleichen Rhythmus wie die Maschine bleiben.“

SONGS FÜR DIE „STAUBFRESSER“

Am 14. April 1935 vernichteten gewaltige Staubstürme weite Teile Arizonas, Oklahomas, Dakotas und Nebraskas. Tausende von Menschen verloren ihre Angehörigen und ihren ganzen Besitz. Es gab keine Arbeit mehr und wenig zu essen. Die einzige Hoffnung der hart vom Schicksal Getroffenen war, das „Paradies“ Kalifornien zu erreichen und dort von vorne anzufangen, da die Regierung nicht ausreichend half. Die „Dust Bowl Refugees“ (Staubsturmflüchtlinge), wie man sie offiziell nannte, wanderten hunderte von Meilen westwärts. Die meisten dieser Flüchtlinge wurden an der Grenze von Polizisten zurückgeschickt, da sie keinen festen Wohnsitz in Kalifornien nachweisen konnten, wie es die behördlichen Vorschriften verlangten. Woody sang: „Manche Menschen erledigen dich mit einem Revolver in der Hand, andere schaffen es mit einem einzigen Federstrich.“

Der Nobelpreisträger John Steinbeck beschreibt in seinem langen Roman „Früchte des Zorns“ das Schicksal der vom Staubsturm Geschädigten und von der Regierung im Stich Gelassenen. Woodys Lieder sagen das Wesentliche oft in zwei oder drei Zeilen: „Ich habe verdammt lange an Gott geglaubt, aber wir Arbeiter haben keine andere Chance, als alle zusammenzustehen und zu kämpfen.“

DIE GEWERKSCHAFT MACHT UNS STARK

„Als ich das erste Mal etwas über eine Gewerkschaft hörte, war ich gerade acht Jahre alt. Man erzähle die Geschichte eines Kaninchenpaares, das von Hunden gehetzt wurde. Sie fanden in einer Höhle Sicherheit vor der Meute. „Was jetzt?“ fragte der Kaninchenmann. „Wir bleiben hier“, sagte seine Frau, „bis wir mehr sind als sie.“ Ich gehörte fast allen Gewerkschaften an. Wir hatten keine großen Zeitungen oder Ra-

Carsten Linde:

Am 3. Oktober 1967 starb im New Jersey State Hospital der Folksinger Woody Guthrie, der schon zu Lebzeiten zur Legende für die Protestsänger der sechziger Jahre wurde.

dios, die unsere Forderungen nach gerechter Bezahlung verbreiteten. Uns halfen keine Richter und keine Polizisten. Aber wir hatten Männer, viele Männer, auf die man sich verlassen konnte.“

Zusammen mit Pete Seeger und Lee Hays gründete Woody die erste Folklore-Gruppe Amerikas, die „Almanac Singers“, die ausschließlich engagierte Lieder bei Gewerkschaftsversammlungen sang. Mit Pete Seeger, der damals ungefähr zwanzig Jahre alt war, sammelte Guthrie die Lieder der Arbeiter und der hart vom Schicksal Geschlagenen in seinem Buch „Hard Hitting Songs for Hard Hit People“. Die Gewerkschaften bezahlten ihm wenig Geld, „zwei oder drei Dollar, oder mal ein Essen, ein Glas Schnaps“. Aber Woody war immer da, wenn irgendwo ein Streik unterstützt werden mußte oder Genossen aus dem Gefängnis befreit wurden. Die Aussage seiner Lieder — er schrieb jetzt täglich zwischen drei und zehn Songs

(unter ihnen „Union Maid“, „Talking Union“ und „Ludlow Massacre“) — wurde immer engagierter und direkter, seit er von Bob und Ina Wood, den Gründern der kommunistischen Partei in Oklahoma etwas über die Geschichte und das System des amerikanischen Kapitalismus gelernt hatte.

„Woody stand noch seinen Mann, wenn alle anderen schon rannten“, singt Phil Ochs zur Erinnerung an Woody. Und Guthrie selbst sagt: „Ich hatte früher nie eine Verbindung zwischen Slums und unserer Armut einerseits sowie andererseits der Polizei, den Villen der Reichen und der Ausbeuter gesehen. Jetzt wußte ich aber, daß dieses Verhältnis geändert werden mußte.“

WOODY UND DAS POLITISCHE LIED

Als Pete Seeger im 2. Weltkrieg zur Armee einberufen wurde, trennten sich die Almanac Singers. Woody nahm zusammen mit Cisco Houston Arbeit auf einem Handels-



schiff an, das die kämpfenden amerikanischen Truppen in Europa mit Nachschub versorgen sollte. In ihrer arbeitsfreien Zeit sangen sie für die Seeleute und Soldaten, schrieben und verbreiteten antifaschistische Kampflieder. „Ich habe drei Invasionen mitgemacht, zweimal wurde das Schiff, auf dem ich war, torpediert. Es gelang mir, meine Gitarre beide Male zu retten. Ich sah Nord-Afrika, die Britischen Inseln und Sizilien. Ich sang Lieder der Untergrundbewegung für unterernährte Soldaten. Als ich schließlich wieder in den USA eintraf, wurde ich einberufen. Das war am selben Tag (8. Mai 1945) als Hitler kapitulierte. Ich weiß nicht, ob ich es war, der Hitler auf die Knie zwang oder die gewaltige Rote Armee oder die paar Millionen Amis.“ Woodys beste und typischste Lieder sind Protest-Songs. Oft griff er die Melodie eines traditionellen Volksliedes auf, variierte sie und gab ihr einen neuen zeitbezogenen Text. Einen ganzen Zyklus seiner Balladen wid-

mete er dem Fall Sacco und Vanzetti, der 20 Jahre zuvor in seiner Kindheit die öffentliche Meinung erregt hatte. Sacco und Vanzetti waren zwei italienische Anarchisten, die mit den Gewerkschaften sympathisierten. Als die Polizei einen Mord nicht aufklären konnte, wurden Sacco und Vanzetti trotz eines Alibis willkürlich verhaftet und zum Tode verurteilt. In der ganzen Welt verfolgte man ungläubig, wie zwei politische Gegner zu Kriminellen gestempelt und schließlich hingerichtet wurden.

Im Auftrage der Regierung schrieb Woody Lieder über die Entstehung der großen Staudämme Bonneville Dam und Grand Coulee Dam, der damals der größte Staudamm der Welt war. Aber Guthrie pries in seinen Liedern nicht die Regierenden, sondern die Arbeiter, die mit ihren Händen und unter dem Einsatz ihres Lebens die technischen Leistungen vollbrachten. Er griff die reaktionären Landbesitzer an. Es gab viele kleinere, private Kraftwerke am Columbia-River. Die Ei-



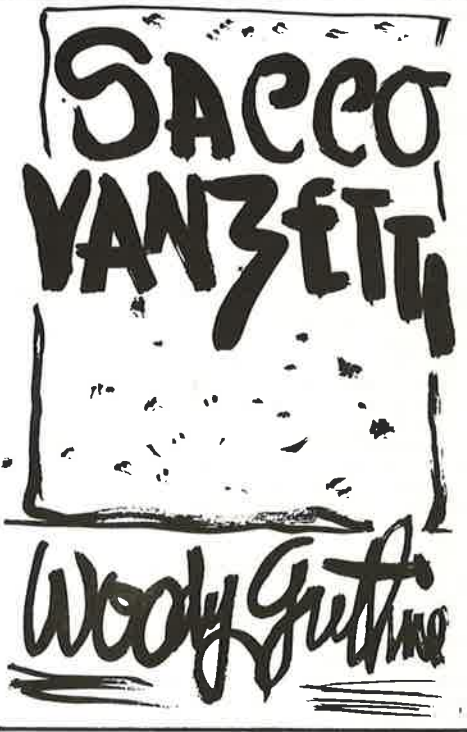
gentümer sahen es nicht gern, daß der Grand-Coulee-Damm gebaut wurde, denn dadurch wäre der elektrische Strom spottbillig und ihre Gewinnspanne verringert worden. Sie drohten den von ihnen gestützten Abgeordneten mit einer Wahlniederlage, und dann kamen reaktionäre Redner, die den Leuten erzählen wollten, daß es ohne Elektrizität auch ganz schön zu leben sei. Aber die Menschen dort brauchten den Strom für Fabriken, Schulen, Wohnungen und auch um Maschinen anzutreiben“.

DER SÄNGER DER ARMEN

Was war das für ein Mensch, der sich so unbeugsam gegen jede Art der Unterdrückung und Ausbeutung wandte? Wie sah Guthrie aus und woher nahm er seine Stärke? „Ich bin nur einer, der umherzieht. Man kann mich nicht aus einer Gruppe Menschen herausfinden. Ich sehe genauso aus, wie die

meisten.“ John Steinbeck beschreibt Woody so: „Nichts an ihm ist wohlgefällig. Er hat eine harte, näselnde Stimme und seine Gitarre klingt wie eine rostige Saite auf einer Blechbüchse. Seine Lieder sind nicht süß, sondern verletzend und abstoßend. Aber für den, der genau hinhört, verkörpert sich in Woody Guthrie der Wille unseres Volkes gegen jede Unterdrückung zu kämpfen.“

Tatsächlich hört sich Woodys Stimme für die Hörer arrangierter Folklore à la Peter Paul & Mary unschön und häßlich an, sein Gitarrenspiel beschränkt sich auf wenige Akkorde und scheint sehr einfach zu sein. „Ich weiß, daß mein Gitarrenspiel nicht modisch ist und meine Stimme nicht schön, klingt, aber ich will auch gar nicht schön singen. Keiner der Arbeiter die ich hörte, sang gut oder süß. Aber sie alle können bessere Lieder lauter und länger singen als eine gepflegte Stimme. Ich will so singen, wie die Cowboys jodeln, wie die Baumfäller schreien, wie die Lok-



führer fluchen, wie die Wölfe heulen.“ Und: „Ich hasse Lieder, die dir sagen, du seist zu nichts nütze. Ich verachte Lieder, die dir sagen, daß du geboren bist, um untergekriegt zu werden. Daß du immer unterliegen wirst. Niemand dich mag. Daß du nichts taugst, weil du entweder zu alt oder zu jung bist, zu dick oder zu dünn, oder zu häßlich oder zu dieses oder zu jenes bist. Lieder die sich über dich (und dein Unglück) lustig machen.“

Ich bin da, um Lieder zu singen, die dir beweisen, daß diese Welt deine Welt ist, auch wenn sie dich oft unterkriegt. Es spielt keine Rolle, wie oft du beschissen wirst, es ist egal, welche Hautfarbe du hast, wie groß du bist, was in dir steckt. Ich singe für dich Lieder, die dich auf dich selbst und deine Arbeit stolz machen. Andere Lieder, die ich



Neue Hits

You've Not Changed / Sandie Shaw (Vogue)

„Du hast dich nicht verändert!“, singt Sandie Shaw einem alten Freund zu. Das gleiche könnte man Chris Andrews sagen. Er schrieb diesen Song nach der gleichen Masche wie vor zwei Jahren seinen „Yesterday Man“. Immerhin: Dem englischen Publikum gefällt's.

From The Underworld/The Herd (Hansa) Mit Glockengeläut, Fanfarenstößen, Gitarrengedröhn und einem harten, rhythmischen Sprechgesang will uns die talentierte Gruppe das Gruseln lehren. Die Platte schafft eine anheimelnde Gruftatmosphäre; man sollte sie sich bei der Lektüre eines guten Vampirromans anhören.

Zabadak/Dave Dee & Co. (Ariola) Das ist ein ganz und gar unbefriedigendes Stück Arbeit. Kein Text, sondern stumpfsinnig wiederkehrendes Kauderwelsch (etwa: „zabadak-karakakora-karakak“); keine Melodie, sondern stupides Summen und Brummen; kein Song, sondern Singsang. Ein englischer Schallplattenkritiker meinte, dies sei die schlechteste Platte, die Dave Dee & Co. jemals gemacht hätten. Ich sehe keinen Grund, mich dieser Meinung nicht anzuschließen.

Love Is All Around/The Troggs (Hansa) Nach ihrem erfolglosen „Ha Ha Hazel“ konnten die Troggs mit dieser Aufnahme wieder in die englische Hitparade eindringen. Und zu Recht: Der Song wirkt kompakter, geschlossener als alle ihre vorherigen aus dem Jahr 67. Die Leadstimme macht einem Chorgesang Platz, die langsame, aber flüssige Melodie wirkt erholend nach den abgehackten Rhythmen von z. B. „Night Of The Long Grass“.

Autumn Almanac/The Kinks (Vogue) Ray Davies blättert in seinem „Herbstkalender“ und singt in diesem und jenem, was die kühlere Jahreszeit mit sich bringt, mal in bissigem, mal ingefühlvollem Tonfall und mit viel la-la-la und yes-yes-yes. „Autumn Almanac“ schließt sich an die lange Reihe der erfolgreichen Ray Davies-Kompositionen von

„You Really Got Me“ bis „Waterloo Sunset“ an. Ein gelungenes Stimmungsbild!

I Can See For Miles/The Who (Polydor) Wieder eine Pete Townshend-Komposition, wieder Gitarrengedröhn, jagendes Schlagzeug und ein hoher, heiserer Chorus. Ich kann zwar nicht meilenweit sehen, wie es The Who von sich behaupten, aber doch weit genug, um der Platte internationalen Erfolg zu prophezeien.

Information

Kürzlich hatte Richard Lesters Film „Wie ich den Krieg gewann“ in London Premiere. Lester, der schon die Beatles-Filme „Yeah! Yeah! Yeah!“ und „Hi-Hi-Hilfe“, drehte, ließ Beatle John Lennon eine Randfigur spielen. Der Film selbst arbeitet mit Kintopp-Effekten, wie sie etwa bei den Streifen der Marx Brothers Verwendung fanden, und will die Sinnlosigkeit des Krieges und den Irrsinn patriotischer Parolen brandmarken.

THE SHADOWS, Englands Instrumentalgruppe Nr. 1, vormals als eigenständige Gruppe in der Top Twenty erfolgreich, seit einigen Jahren aber nur noch als Begleitband Cliff Richards bekannt und berühmt, stehen der „Flower Power“-Bewegung skeptisch gegenüber. „Das ist nur ein weiterer Trend, an dem wir nicht teilgenommen haben. Als nächstes kommt vielleicht ‚Mülleimer-Power‘. Dabei werden wir auch nicht mitmachen.“ sagte Bandleader Bruce Welch in einem Interview.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist jedem Engländer in der Verfassung verbürgt. In den Kreisen der Pop-Stars scheint nicht jeder dieses Grundrecht zu kennen. Jedenfalls drohte man Opernsänger Keith West, nachdem er sich in einer Zeitung mißfällig über den „Gin House Blues“ der Amen Corner-Gruppe geäußert hatte, ihn zu „verdreschen“. Viel herzlicher formulierte es schon Carl Wayne, ein Mitglied von The Move: Er bot Pop-Sänger Jonathan King an, „die Form seines Gesichts zu ändern“, als er Kritik an der Gruppe und ihrem Auftreten zu üben wagte.

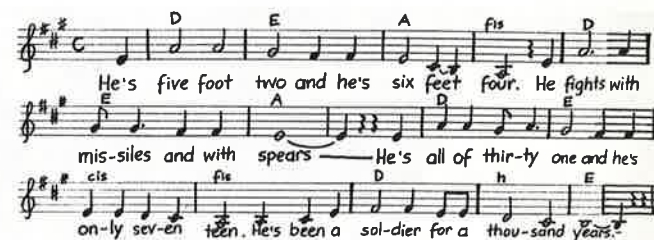
Auch in England versucht man, getreu dem Beispiel der amerikanischen Monkees, Stars aus dem Boden zu stampfen. Im NEW MUSICAL EXPRESS z. B. finden sich Woche für Woche ganz- oder sogar zweiseitige Anzeigen für ein noch unerkanntes Talent namens DAVID McWILLIAMS. Mit unerschütterlicher Sicherheit und einmaliger Naivität sagt man die Karriere des irischen Sängers voraus: „Bald wird er sehr berühmt sein und Millionen von Schallplatten in aller Welt verkaufen können. Er wird Autogramme unterschreiben und im Fernsehen auftreten...“ Hoffen wir vorerst, daß er seiner Schallplattenfirma das Geld für die größtenwahnsinnigen Anzeigen wieder hereinzingt.



Carsten Linde

SONG MAGAZIN

The Universal Soldier



Copyright 1963 by Woodmere Music auf „IT'S MY WAY“, Amadeo AVRS 9.174

1. He's five foot two and he's six feet four.
He fights with missiles and with spears.
He's all of thirty-one and he's only seventeen.
He's been a soldier for a thousand years.
2. He's a Catholic, a Hindu, an atheist, a Jain,
A Buddhist and a Baptist and a Jew.
And he knows he shouldn't kill and he knows he always will.
Kill you for me, my friend, and me for you.
3. And he's fighting for Canada, he's fighting for France,
He's fighting for the USA.
And he's fighting for the Russians and he's fighting for Japan.
And he thinks we'll put an end to war this way.
4. And he's fighting for democracy, he's fighting for the Reds,
he says it's for the peace of all.
He's the one who must decide who's to live and who's to die.
And he never sees the writing on the wall.
5. But without him how could Hitler have condemned him at Dachau.
Without him Caesar would have stood alone.
He's the one who gives his body as a weapon of the war.
And without him all this killing can't go on.
6. He's the Universal Soldier and he really is to blame
His orders come from far away no more,
They come from him and you and me
And, brothers, can't you see
This is not the way we put an end to war.

Dieses Lied wurde 1963 von Buffy St.-Marie in Toronto geschrieben. Damals diskutierte man erbittert darüber, ob Kanada die von den USA angebotenen Atomwaffen annehmen sollte.



Buffy Sainte-Marie

Als sie während eines New Yorker Hootenannies 3 Lieder gesungen hatten, wurden ihr sofort Schallplattenverträge von den vier führenden Folklore-Schallplattenfirmen angeboten. Mittlerweile hat Buffy über 300 eigene Balladen und Songs geschrieben. Die meisten berichten von der Unterdrückung ihres Volkes, den Indianern, durch den weißen Mann. (Buffy St.-Marie gehört zum Stamme der Cree-Indianer.) „Die Menschen sollten nicht immer andere Menschen in die Ecke stellen... Heute sprechen bestenfalls noch die Kinder mit uns Indianern.“ Andere Lieder sind ergreifende Liebeslieder in der Sprache unserer Zeit, ohne falsche Sentimentalität.

Ihr bekannter Protest-Song ist „The Universal Soldier“ (Der ewige Soldat), der bei uns durch Donovan populär wurde.

Buffy St.-Marie's wandlungsfähige, intensive Stimme und die Vitalität ihrer Liedinterpretationen stellten sie in die erste Reihe der amerikanischen Folklore-Sängerinnen. In Deutschland sind über Amadeo drei ihrer bisher 5 erschienenen Langspielplatten erhältlich.

1. Little Wheel Spin and Spin
Amadeo AVRS 9217
2. It's my Way
Amadeo AVRS 9174



Ein Hootenanny fand am 11. November in Karlsruhe statt. Zur Teilnahme hatten sich 14 Gruppen und Solisten gemeldet.

Entgegen anderslautenden Nachrichten gibt es in den USA noch immer Folk-Singer, die sich engagieren. Joan Baez (26) blockierte mit ihrer Mutter und 800 Wehrdienstgegnern den Eingang zum Musterungsbüro in Oakland. Mit 103 verhafteten Demonstranten wurde Joan Baez zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.



Fast 2 Jahre nach dem plötzlichen Tod von Peter Rohland, des talentierten deutschen Folksingers, erscheinen jetzt gleich 4 LPs seiner verschiedenen Programme auf einmal. Die erste, „Lieder deutscher Demokraten“, bringt Lieder der deutschen (!) Revolutionäre von 1848. Mag einen zunächst die unattraktive Graphik und nichtssagende Hülle dazu verführen, diese LP nicht zu beachten: hören sollte man sie, wenn man echte deutsche Lieder des Protestes sucht.



Im Dezember bringt das Erste Deutsche Fernsehen eine einstündige Querschnittsendung über das Waldeck-Festival 67. Die Aufzeichnung steht unter dem Motto „Das politische Lied 67“.



Wer die Lieder von Franz-Josef Degenhardt nachsingen möchte, sollte sich die im Polyphon Musikverlag, 5 Köln, Drususgasse, erschienenen 3 Text- und Notenhefte (insgesamt 35 Songs) zu den LPs von Degenhardt kaufen. Die kosten je 5,— DM und beinhalten alle Lieder, die bisher auf Platten geschnitten wurden. Titel und Titelbild der Hefte entsprechen den 3 bekannten Polydor-LPs.

song

Chanson Folklore Bänkelsang

1. Song-Wettbewerb für neue Lieder bis 30.12.1967 verlängert. Die Zeitschrift „song“ sucht die neuen Liedermacher, die ihre Lieder selbst schreiben, vertonen, singen und sich selbst auf einem Instrument begleiten.

Bedingungen: Jeder, der sich an diesem Wettbewerb beteiligen will, schickt bis zum 30. 12. 1967 ein von ihm besungenes und bespieltes Tonband mit zwei seiner Lieder ein. Die Lieder dürfen noch nicht veröffentlicht worden sein.

1. Preis: Ein Schallplattenvertrag.
2. Preis: Eine gute Seiffert-Gitarre.
3. Preis: Chanson-Literatur.

Einzelheiten sind in „song“ Nr. 5 nachzulesen.

2. Mikis Theodorakis hat der „freiheitsliebenden Jugend in der Welt“ kurz vor seiner Inhaftierung eine Melodie gewidmet. „song“ hat diese Melodie in Nr. 5 abgedruckt. „song“ bittet alle Liedertexter, Schriftsteller und Dichter für diese vorläufig letzte Komposition von Theodorakis einen singbaren Text zu schreiben. In der nächsten Ausgabe veröffentlicht „song“ alle eingegangenen Texte zur Theodorakis-Melodie.

Verlag Rolf Gekeler – song
852 Erlangen
Friedrichstr. 51, Tel. 091 31/21344

BRD

1. Massachusetts
2. Excerpt from teenager opera
3. Romeo und Julia
4. Der letzte Walzer
5. Death of a Clown
6. The Letter
7. Itchycoo Park
8. San Franciscan Nights
9. We love you
10. San Francisco

Bee Gees (Polydor)
Keith West (Odeon)
Peggy March (RCA)
Peter Alexander (Ariola)
Dave Davies (Pye)
Box Tops
Small Faces (Columbia)
Eric Durdon
Rolling Stones (Decca)
Scott McKenzie (CBS)

ENGLAND

1. Baby now that I've found you
2. Massachusetts
3. Autumn Almanac
4. Zabadak
5. Love is all around
6. From the Underworld
7. Hole in my Shoe
8. There is a Mountain
9. San Franciscan Nights
10. There must be a way

Foundations (Pye)
Bee Gees (Polydor)
Kinks (Pye)
Dave Dee & Co. (Fontana)
Troggs (—)
Herd (Fontana)
Traffic (Fontana)
Donovan (Pye)
Eric Burdon (—)
Frankie Vaughan (Columbia)

USA

1. To Sir, with love
2. Soul Man
3. It must be him
4. Incense and Peppermints
5. Your precious love
6. The rain, the park and other things
7. Please love me forever
8. A natural Woman
9. Expressway to your heart
10. Never my love

Lulu (Columbia)
Sam & Dave (Atlantic)
Vikki Carr (Liberty)
Strawberry Alarm Clock (—)
Marvin Gaye (Motown)
Cowsills (—)
Bobby Vinton (—)
Aretha Franklin (—)
Soul Survivors (—)
Associations (—)

FRANKREICH

1. Petite fille
2. I love you, you love me
3. Moa et Mao
4. San Francisco
5. Amour d'été
6. Voilà
7. Mals quand le matin
8. The world we knew
9. Aranjuez mon amour
10. Jackson

Johnny Hallyday (Philips)
Anthony Quinn (Capitol)
Nino Ferrer
Scott McKenzie (CBS)
Johnny Hallyday (Philips)
Francoise Hardy (Vogue)
Claude Francois (Philips)
Frank Sinatra (Reprise)
Richard Anthony (Columbia)
Nancy Sinatra (Reprise)

Der Kumpel soll die Zeche zahlen

FORTSETZUNG VON SEITE 10

singe, sind meist von einfachen Leuten geschrieben worden, die genau wie du und ich sind."

Diese Worte Guthries zeigen, wie ernst er seine Lieder nahm. Er sang nicht um des Geldes willen (wie viele der heutigen „Protestsänger“), sondern um die Unterdrückten, Ausgebeuteten, Armen und Unglücklichen in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung zu bestärken. Geld hat Woody nie viel verdient, er besang für zwanzig Dollar eine Langspielplatte und war froh, überhaupt etwas Geld zu bekommen. „Alle sagen mir, wie gut ich bin — aber ich kann nicht einmal meine Frau und die Kinder ernähren.“

WOODY GUTHRIES LETZTE JAHRE

Heute gilt Guthrie in Amerika als einer der großen Dichter dieses Jahrhunderts. Man vergleicht ihn mit Walt Whitman, dessen Lyrik für die meisten Dichter der USA richtungsweisend wurde.

Woody hat nach eigenen Angaben über 1400 Lieder, Balladen und Protest-Songs geschrieben. Viele davon sind schon vergessen, aber etliche werden noch heute überall in den Staaten gesungen, und in wenigen Jahren wohl echte Volkslieder sein. Einige seiner einfachen und lebendigen Kinderlieder finde man schon in den Musikbüchern der amerikanischen Schulen. Manche seiner Balladen findet man ohne die dazugehörigen Noten gedruckt und sie gelten als Beispiele großer Dichtung.

Woodys Einfluß auf die Generation der Protestsänger der sechziger Jahre ist kaum abzuschätzen. Bob Dylan, Phil Ochs, Tom Paxton (die großen Drei) haben viele ihrer Lieder Guthrie gewidmet. Sie schreiben oft in seiner Sprache, kopieren sein Gitarrenspiel und besingen sein Leben. Woody Guthries Ruhm und seine Bedeutung wachsen ständig. Guthrie selbst konnte seinen Ruhm nicht mehr miterleben. Seit 1960 lag er von vielen Freunden vergessen in verschiedenen Hospitälern. Eine furchtbare, unbekannte Krankheit hatte ihn besiegt. Er konnte sich nicht mehr bewegen, nicht mehr sprechen und wurde blind. Die letzten Fotos zeigen einen gebrochenen, greisenhaften Mann, in dem niemand den unbestechlichen Kämpfer für soziale Ordnung und Gerechtigkeit wiedererkennen würde. Woody Guthrie ist tot, aber seine Lieder werden gesungen und sind auch heute noch Symbol des Widerstandes gegen menschenunwürdiges Leben in einem industrialisierten, zivilisierten, kapitalistischen Staat.

großen Koalition ist der Schreck in die Glieder gefahren.

„Große Koalition steht uns bis zum Hals“

Was die Arbeiter nach einem Jahr großer Koalition von dieser Regierung halten, sagte der Stuttgarter Bezirksleiter der IGM, Willi Bleicher in wenigen Worten: „Sie steht den Arbeitern bis zum Hals!“ Man sollte sich an Kiesingers Regierungserklärung erinnern, die vor einem Jahr den Startschuß für eine angebliche neue Politik geben sollte. Da wurde Vollbeschäftigung versprochen, wirtschaftlicher Aufschwung, stärkeres Wachstum der Realeinkommen ohne Preissteigerungen, Verhinderung der Aushöhlung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Was ist nach einem Jahr davon geblieben? Die Preise steigen wie eh, die Lohntüten sind unter dem Klima der großen Koalition zum Angriffsziel der Unternehmer geworden. Damit die Profite auch in der Flaute kräftig steigen. Schiller, Erfinder der konzertierten Aktion, hat nach eigenen Worten die „Pferde zur Tränke“ geführt. Die Pferde wiesen sich als Unternehmer aus, die Tränke wurde in den Taschen der Arbeiter entdeckt.

„Ich kriege Asthma, wenn ich an Bonn denke“

Die Geburtstagsgrüße der Arbeiter für den 1. Jahrestag der Kiesinger-Brandt-Regierung sehen entsprechend aus. Als ich in Mannheim mit dem Bus zum Vorort Käfertal fuhr, sagte mir ein Schlosserlehrling: „Wenn die Arbeiter jetzt wieder kämpfen müssen, um das bißchen zu erhalten, was erreicht wurde, da kann die große Koalition für uns keine Erfolge gehabt haben. Die SPD hätte sich da raushalten müssen.“

Und bei Daimler wäre ich fast gelyncht worden, als ich die Frage nach der großen Koalition stellte. Ein älterer Kolege: „Ich kriege Asthma, wenn Sie mir von der großen Koalition reden.“ Von allen Seiten entlud sich eine Welle des Zorns.

„Die haben uns den Unternehmern zum Fraß vorgeworfen!“

„Ich bin vollkommen enttäuscht. Die SPD hat sich in eine zweite CDU verwandelt.“

„Vorher hat uns die CDU allein reingelegt. Jetzt läßt sie sich von der SPD helfen.“

„Die SPD macht nicht, was wir als Wähler erwartet haben. Wo bleiben unsere Interessen?“

„Die SPD gehörte da nicht rein. Wir haben nichts als Versprechungen gekriegt.“

„Ob die SPD drin ist oder nicht, für uns hat sich nichts getan.“

„Bei den Brüdern ist die SPD nicht mal der linke Flügel der CDU.“

„Was Unternehmer besitzen, haben wir verdient.“

Ob in Mannheim, Dortmund oder anderen Städten: die Arbeiter haben klar zum Ausdruck gebracht, was sie von dieser Koalition für Unternehmerinteressen halten.

Im Empfangsraum der Motorenwerke Mannheim hörte ich vom Ortsjugendausschußvorsitzenden der IG Metall, Dieter Keller: „Wir dürfen die Auseinandersetzung mit den Unternehmern nicht anderen überlassen. Wir wollen Spitze und Stoßtrupp sein. Wir haben keine Angst, in der Flaute zu kämpfen. Schließlich ist dieser Kampf gegen die Kapitalisten dringend notwendig, um unserem Ziel als Arbeiterbewegung näherzukommen: Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum. Der Druck der Arbeiterschaft hat auch in Mannheim die Unternehmer zu einem Kompromiß gezwungen. Sie mußten sich zumindest verpflichten, auf willkürlichen Abbau von Sozialleistungen zu verzichten. Gunhild Morgenroth, Betriebsjugendvertreterin bei BBC-Mannheim sieht das so: „Wenn wir kämpfen, dann sitzen die Arbeitgeber nicht mehr auf dem hohen Sessel und schauen auf uns herab. Alles was sie besitzen, haben wir ihnen verdient.“

Überall haben gerade die jungen Arbeiter demonstriert, daß diese Gesellschaftsordnung, die sich nach einer Handvoll Millionäre ausrichtet, nicht die ihre ist. Sie haben dem Unternehmertum eine Front kampftenschlossener Arbeiter gegenübergestellt.

Das hat seine Wirkung bei Balke, Kiesinger und Schiller nicht verfehlt. Sie sahen sich zu Zugeständnissen gezwungen. Denn was erst, wenn Millionen schaffender Menschen unmißverständlich fordern: die Politik hat sich nach unseren Interessen zu richten, und nicht nach den Millionären in der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände.



Die widerborstigen Gesänge des Dieter Süverkrüp
Diese Neuerscheinung enthält u. a.:
Die erschrockliche Moritat vom Krypto-Kommunisten — Nachtgebet eines Untertanen — Klempkes Hund — Preislied, auf einem sauerländischen Zwergbahnhof zu singen — Kirschen auf Sahne — Verkürzte Darstellung eines neuerlichen Deutschland-Erwachens

30 cm Stereo-auch-mono-LP DM 18,00
Bestell-Nr.: S 22302

Hanns Dieter Hüsch: Chansons
17cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 2 201 DM 8,50

Hanns Dieter Hüsch: Carmina urana
17cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 2 202 DM 8,50

Dieter Süverkrüp: Ca ira 1
17cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 1 101 DM 8,50

Dieter Süverkrüp: Ca ira 2
17cm LP 33 1/3, Best.-Nr. 1 102 DM 8,50

Dieter Süverkrüp: Warnung, Rattengift ausgelegt
17cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 2 101 DM 8,50

Dieter Süverkrüp: Ein Lied — drei vier
17cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 2 102 DM 8,50

Fasia, Süverkrüp, Bricklayer-Skifflegroup:
Ostersongs 62/63 gegen die Bombe
17cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 3 101 DM 8,50

Fasia, Stütz, Süverkrüp, Skiffle-Pluckers:
Neue Lieder gegen die Bombe
17cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 3 102 DM 8,50

Perry Friedman: Solidarity forever
17cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 4 101 DM 8,50

Perry Friedman: I'm on my way
17cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 4 102 DM 8,50

Dieter Süverkrüp: Fröhlich ist du Wiener Schnitzel
30cm/Stereo-mono-LP 33 1/3, Best.-Nr. S 22 301 DM 18,00

1933-1963 — Lieder des europäischen Widerstandes gegen den Faschismus
30cm/LP 33 1/3, Best.-Nr. 55 201 L DM 18,00

Fasia
17cm/EP 45, Best.-Nr. 2 301 DM 4,75

pläne

verlag „pläne“ gmbh

46 Dortmund, Humboldtstraße 12
Telefon 3 39 9 6

Dieter Süverkrüp: Versuch eines (naturgemäß theoretischen) Wiegenliedes für unser noch ungeborenes Kind*

Ich liege an diesen verglitzerten Tagen jetzt öfter im Fenster (schlechte Angewohnheit), ich zähle die Wochen, die Kippen, die Dächer, die alten Gespenster (Trübsal); man läutet vom Turm von St. Krupp oder so die Sonntagsneurose ein (happy weekend to you!) der Himmel kommt frisch vom Friseur, der Pastor soll aufblasbar sein (praktisches Christentum).

Aber das wird ein Fest im Oktober!
In Rußland zur Revolution! (Bonn ist verstimmt) dann ist auch das Kind da . . . oft baden, nie taufen, sei es Tochter oder Sohn (Herr Pastor wird frustiert) dem Kind muß man vieles erklären, noch ehe die Sippschaft erscheint (Onkel Dash und Tante Cola) „Was hat es denn nur . . . kein Bedürfnis vielleicht? . . . daß es immerfort weint“ (laß dich nicht erpressen!)

Das mußt du bald lernen, mein Kind, dich von dem zu befreien (Scheißwindeln zum Beispiel) und wenn du erst reden kannst, brauchst du auch nicht mehr ohnmächtig zu schreien (Widerwortschatz) du darfst nicht erschrecken beim Emanzipieren, wenn es da gelegentlich kracht (nur Mut!) die haben in Rußland die Revolution auch ganz von sich aus gemacht (da staunste, was?)

Vorfinden wirst du, mein Kind, zwar eine gesplante Welt (Arme und Reiche) doch werden die Äcker des Unmuts schon nicht mehr nur nachts bestellt (bei Saigon fing es an) es haben die Völker zu Armut und Demut nicht länger die müßige Zeit (man nennt sie „die dritte Welt“) das sehen die Herren in unserem Land — mit arger Beklommenheit (daher der Zug zum Plankapitalismus, verstehste?)

Aber wir wollen nicht vorgreifen . . . werde du erst mal geboren! (nur Tatsachen zählen) Mutter wäscht dir bald freundlich die winzigen Hemdchen und Ohren (Anfangsgründe der Politik) Vater betrachtet zu Fuß und durch's Fenster unsere vergatterte Stadt (3 x täglich) daß er, weil es sein muß, wenn es anders nicht geht, einen besseren Überblick hat. (mein Kind, es lebe die Revolution)

* Von Dieter Süverkrüp kennen die elan-Leser bereits viele politische Lieder. Diesen Song, der auf der neuesten Süverkrüp-LP zu hören ist, schrieb er für sein noch ungeborenes Kind.

Im September wurde Dieter Süverkrüp Vater. Söhnchen Ben Oliver wird dieses Wiegenlied kaum verstehen. Vielleicht wird er eines Tages im elan blättern und diese ihm gewidmeten Zeilen lesen und verstehen können.

Manifest der Schulen gegen die Notstandsgesetze!

vorgelegt vom AUSS

In der Schule wird uns beigebracht, welch verheerende Folgen die Ermächtigungsgesetze des Hitlerreiches gehabt haben. Dies geschieht zu recht. Aber wir vermissen bis heute selbst die Ansätze einer wahrheitsgetreuen Information darüber, mit welchen Gesetzen und Grundgesetzänderungen eine deutsche Regierung sich selbst ermächtigen will und wozu.

DARÜBER VERLANGEN WIR AUFKLÄRUNG.

Die Abschirmung der Schulen vom politischen Alltag und seinen Auseinandersetzungen und das Votum vieler deutscher Lehrer für reaktionäre und faschistische Strömungen hat den Untergang der ersten deutschen Republik mitverschuldet. Eine Schule, die sich in ihrem Selbstverständnis aus den politischen Kämpfen der Zeit zurückzieht und sich dann durch ihre Repräsentanten autoritär diesen Kämpfen gegenüberstellt, hat das Prinzip humanistischer Bildung und humanitärer Rationalität verraten. Dagegen setzen wir unsere, von kritischem Bemühen geleitete, politische Aktion. Seit acht Jahren strebt die Bundesregierung die Generalrevision des Grundgesetzes durch Notstandsartikel an. Als sich der Kalte Krieg zwischen den Großmächten in Europa seinem Ende zuneigte, begannen die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik, unter dem Vorwand der Vorsorge und unter Ausnutzung des berechtigten Sicherheitsstrebens der Bevölkerung, ihre großangelegte Kampagne zur Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheiten. Nur die Unruhe und die politischen Aktionen unabhängiger Kräfte haben bisher die Verstümmelung der Verfassung verhindert, die ein Bollwerk gegen jede Form der Willkürherrschaft sein soll.

Im Sommer 1965 hat der Deutsche Bundestag sieben teilweise verfassungswidrige Notstandsgesetze in schein-demokratischem Schnellverfahren beschlossen, die ein Programm der totalen Militarisierung des öffentlichen und privaten Lebens darstellen. Nur die Krise der Finanzwirtschaft hat die Realisierung dieser Pläne verzögert, die immer noch als Recht und Gesetz gelten.

Die Notstandsgesetz-Entwürfe der Großen Koalition halten an den diktatorischen und militärischen Tendenzen fest, die schon alle früheren Vorlagen gekennzeichnet haben.

Außenpolitisch bedeuten die vorgesehenen Vorbereitungen auf einen „Zustand der äußeren Gefahr“, der von den herrschenden politischen Kräften jederzeit beliebig behauptet werden kann, eine Störung der Bestrebungen zur Festigung und zum Ausbau der internationalen Beziehungen in Europa. Die Notstandsgesetze sind kein Schutz vor Kriegsgefahr, sie blockieren Friedenssicherungen.

Mit der Einrichtung eines kleinen Gemeinsamen Ausschusses von Spitzenpolitikern wird die Möglichkeit geschaffen, unter Ausnutzung internationaler Krisensituationen scheinbar legal ein Diktaturregime zu errichten. Die Entscheidung über Krieg und Frieden würde ganz und gar in diesen Exklusivzirkel verlagert.

Innenpolitisch würde die Einrichtung dieses Ausschusses die Macht der Exekutive noch mehr stärken und den Verfall kritischer demokratischer Kräfte in Öffentlichkeit und Parlament perfektionieren, weil die Information und Diskussion außen- und verteidigungspolitische Probleme dort hinter verschlossenen Türen nach Belieben der Regierung erfolgen könnte. Es soll zulässig werden, daß der Bundestag seine Gesetzgebungsbefugnis an diesen Ausschuß abtritt und sich damit selbst völlig entmachtet, wie es die letzte

Wenn Sie kein Schüler mehr sind, aber mit unseren Auffassungen und Zielen sympathisieren, dann sollten Sie unsere politische Aufklärung finanziell unterstützen:

Postscheck Frankfurt: Susanne Kühnle Sonderkto. 2179 22

Volksvertretung von Weimar mit dem Ermächtigungsgesetz im März 1933 getan hat, mit dem die faschistische Macht-ergreifung den Schein der Legalität erhielt. Schließlich soll der Gemeinsame Ausschuß sogar von sich aus die Gesetzgebungsbefugnis des Parlaments übernehmen können, wenn es beschlußunfähig ist; die Existenz der Volksvertretung wird damit den jeweiligen Interessen eines Teiles der Abgeordneten ausgeliefert.

Der Hauptstoß der Notstandsgesetze richtet sich gegen die große Masse der abhängig arbeitenden Bevölkerung und gegen ihre Interessenvertretungen. Schon in Friedenszeiten soll eine Arbeitsdienstpflicht ermöglicht werden, die den verpflichteten Arbeitern und Angestellten das Streikrecht nimmt und damit ihre gewerkschaftliche Vertretung entmachtet. Zudem soll jene herrschende Rechtsprechungspraxis, die in zwanzig Jahren fortschreitender Aushöhlung der aktiven demokratischen Kraft der Gewerkschaften zur Einengung des Streikrechts geführt hat, nun auch noch verfassungsrechtlich zementiert und damit die Streikfreiheit willkürlich eingeschränkt werden.

Sogar das Militär soll in innenpolitischen Auseinandersetzungen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden können. Den wahren Zweck der Notstandspläne hat der Innenminister in ungenierter Offenheit enthüllt: Der Staat müsse für den Augenblick gerüstet werden, in dem die „Sonne der Konjunktur“ nicht mehr scheine.

Diesem System der Notstandsrüstung der Gewalt entspricht die Herbeiführung tatsächlicher Notstände durch die Notstandsplaner selbst. Am 2. Juni ist der Notstand der Demokratie erschreckend deutlich geworden. Der Aufmarsch eines Heeres von Polizeikräften beim Besuch des persischen Diktators und die von der verselbständigten Exekutive West-Berlins provozierte Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg haben zuletzt unzweideutig gezeigt, daß Teile des Establishments schon heute die Legalität verlassen, wenn das die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft erfordert.

Gleichzeitig werden die sich verschärfenden wirklichen Notstände auf vielen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens geleugnet oder verschleppt. Schon heute bedroht ein wachsender Bildungsnotstand die Zukunft unserer Gesellschaft, ohne daß in absehbarer Zeit Hilfe zu erwarten wäre. Die Auswirkungen der Wirtschaftsrezession werden auf die sozial schwachen Gruppen abgewälzt.

In Griechenland hat der Militärputsch die durch freie Wahlen bevorstehende Ablösung, der für den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Notstand des Landes Verantwortlichen verhindert. Auch jene Putschisten versuchten, ihrem Gewaltstreich durch Berufung auf Notstandsartikel den Anschein der Legalität zu geben.

Die Notstandspläne der Bundesregierung sind darauf angelegt, in Krisensituationen den Weg der Gewalt zu weisen. In Solidarität mit allen Gegnern der Notstandsverfassung und mit den Gewerkschaften fordern wir deshalb die Ablehnung des Verfassungsändernden Notstandsentwurfes und die Rücknahme der bereits verabschiedeten „einfachen“ Notstandsgesetze.

WIR RUFEN ALLE DEMOKRATEN AUF!

bei den nächsten Wahlen zum deutschen Bundestag keinem Abgeordneten ihre Stimme zu geben, der der Notstandsverfassung zugestimmt hat. Wir fordern sie auf, dies den Parteien und Abgeordneten unmißverständlich zu erklären. Wir selbst sind noch nicht „wahlmündig“. Es entspricht den Prinzipien eines autoritären Staates, daß er seine Untertanen zwar zum Dienst in der Bundeswehr zwingt, ihnen aber zur selben Zeit noch nicht einmal die formale Möglichkeit gibt, über diesen Staat mit zu entscheiden. Wir erklären darum bereits heute, daß wir nicht auf unsere „Wahlmündigkeit“ warten werden, ehe wir uns um eine Politik kümmern, die uns bereits heute bedroht.

AUSS

**Aktionszentrum unabhängiger
und sozialistischer Schüler**

Oktober 1967

